

Bericht der EU-HoMs (EU-Missionsleiter der Mitgliedsstaaten) zu Jerusalem 2014

Anschreiben

2014 war eins der unruhigsten Jahre für Jerusalem seit dem Ende der zweiten Intifada. Während die in diesem Bericht beschriebenen Tendenzen nicht neu sind, und das Thema der Berichte und Empfehlungen der EU HoMs jährlich waren, haben die Spannungen, das Misstrauen und die Gewalt, die die Entwicklungen der Stadt im Laufe der Jahre begleitet haben, extrem hohe Pegel erreicht. Immer stärker bedrohen diese Entwicklungen die Realisierbarkeit der Zwei-Staatenlösung und laufen Gefahr, (die Stadt) in weitere Pegel der Polarisation und Gewalt zu stürzen.

Unter Berücksichtigung der langjährigen Verpflichtung der EU zur Zwei-Staatenlösung mit einem unabhängigen, demokratischen, benachbarten, lebensfähigen palästinensischen Staat, der Gaza und die Westbank, einschließlich Ostjerusalem, beinhaltet, der Seite an Seite in Frieden und Sicherheit mit dem Staat Israel lebt,

unter Berücksichtigung, dass die Entwicklungen in Ostjerusalem, insbesondere die verstärkten systematischen Siedlungsaktivitäten, die Spannungen bezüglich des Haram al Sharif/Tempelbergs und wachsende Pegel der Spannungen und Gewalt auf beiden Seiten, die Zwei-Staatenlösung immer stärker unterminieren,

unter Berücksichtigung der dringenden Notwendigkeit, die Situation anzugehen, in Übereinstimmung mit der bestehenden Haltung der EU, einschließlich aller relevanter EU-Rats-Beschlüsse - die letzten vom 22. Juli und 17. November 2014 - in Übereinstimmung mit den entsprechenden UN-Sicherheitsrats-Resolutionen (insbesondere der UNSC-Resolution 476 (1980), als auch im Einklang mit dem internationalen Recht, das besagt, dass die Aneignung von Land durch Gewalt oder durch Gewaltandrohung unzulässig ist,

übermitteln die Leiter der Missionen in Jerusalem und Ramallah dem Sicherheitskomitee für Politik und Sicherheit hiermit den Jerusalem-Bericht 2014 (Anhang1) sowie eine Reihe von Empfehlungen zur Diskussion, um die EU-Politik für Ostjerusalem (Anhang 2) wieder zu verstärken. Anhang 3 enthält zusätzliche Fakten und Zahlen über Jerusalem.

Angesichts des oben Erwähnten und aufgrund der rapiden Verschlechterung der Situation vor Ort empfehlen die Missionsleiter in Jerusalem und Ramallah:

- Eine aktivere, systematischere und sichtbarere Umsetzung der EU-Politik in Ostjerusalem,
- alle Möglichkeiten mit den israelischen Behörden zu nutzen, um dringende Änderungen der Politik bezüglich Ostjerusalem zu fordern,
- eine entsprechende Verfolgung der im Anhang aufgestellten Submissionen

Anhang 1 – EU HoMs-Bericht zu Jerusalem

1 Jerusalem und der Friedensprozess

1. Jerusalem bleibt eine der emotionalsten und problematischsten Brennpunkte im Nah-Ost-Friedensprozess. Solange der Status der Stadt ungelöst ist, wird ein umfassendes Abkommen zwischen Israelis und Palästinensern nicht möglich sein. Dieser Punkt war niemals zuvor relevanter als in diesem Jahr – eins der schwierigsten Jahre, die Jerusalem seit dem Ende der zweiten Intifada in 2005 erlebt hat. Die EU-Leiter der Missionen in Jerusalem und Ramallah haben regelmäßig ihre Beurteilungen zu der Situation in Jerusalem in Form der „HoMs-Berichte“ abgegeben, die auch klare Empfehlungen an die EU und ihre Mitgliedsstaaten enthielten, mit dem Ziel, die Vision einer Zwei-Staatenlösung des Nah-Ost-Konfliktes, mit Jerusalem als zukünftiger Hauptstadt zweier Staaten, zu bewahren sowie das Handeln und den Standpunkt der EU deutlich zu machen. Obwohl dieser Bericht auch weiterhin eine umfassende Beurteilung der Lage liefert, beschreibt er auch einige der aktuellsten besorgniserregenden Tendenzen.
2. Im Laufe des Jahres 2014 gab es eine ernsthafte Verschlechterung der Situation in Jerusalem im Hinblick auf die Dinge, die fast alle vorherigen EU-HoMs-Berichte behandelt haben. Die Expansion der Siedlungen ging weiter, sogar in sensiblen Gebieten. Die restriktiven scharfen Maßnahmen bezüglich des palästinensischen Baus in Jerusalem wurden mit Gewalt fortgesetzt. Darauf folgten Wellen der Zerstörungen und Zwangsräumungen. Das Bildungssystem für Palästinenser ist immer noch ungerecht. Palästinenser sehen sich auch weiterhin Problemen beim Zugriff auf die Gesundheitsversorgung gegenüber. Ostjerusalems Wirtschaft zeigt keine Zeichen der Verbesserung, darüber hinaus hat Israel seine Bestrafungsmaßnahmen wieder aufgenommen, wie zum Beispiel, die Widerrufung von Aufenthaltsrechten und die Zerstörungen des Eigentums von Palästinensern, die in gewaltsame Angriffe verwickelt waren.
3. Jedoch außer all diesen allzu bekannten negativen Tendenzen unterschied sich 2014 durch eine Anzahl besonderer, beunruhigender und oft gewaltsamer Entwicklungen, die rapide die Lebensfähigkeit der Zwei-Staatenlösung bedrohen und die auch einen extrem hohen Spannungspegel in der Stadt selbst erzeugt haben. Im Verlauf des Jahres ist eine Gewaltspirale entstanden (von Terrorattacken, Steinewerfen, täglichen Zusammenstößen in und um palästinensische Viertel, bis hin zu rücksichtslosem Vorgehen der israelischen Polizei), die alle Gemeinden, die in Jerusalem leben, betroffen hat und zu einer Atmosphäre gegenseitigen Misstrauens beigetragen hat. Das hat die de facto-Teilung der Stadt vertieft. Diese Vorfälle haben sich vor dem Hintergrund einer verstärkten Siedlungsaktivität, Zerstörungen, Provokationen und Spannung am Haram Al-Sharif/Tempelberg und dem Mangel an wirtschaftlichen und politischen Perspektiven für 38 Prozent der Einwohner von Jerusalem abgespielt. Wenn die Wurzel des Übels der kürzlichen Gewalt nicht behandelt wird, ist die mögliche Konsequenz eine weitere Eskalation und die extreme Polarisierung, worunter Jerusalem in der zweiten Hälfte von 2014 gelitten hat.
4. Es gab eine ernstzunehmende Radikalisierung um den Haram Al-Sharif/Tempelberg. Die wachsenden Sorgen bezüglich des Status Quo, der Mangel an Vertrauen seitens der Palästinenser hinsichtlich der

Aufrichtigkeit von Netanyahus Bekanntgaben seiner Position in der Angelegenheit, in Verbindung mit den Zugangsbeschränkungen für muslimische Gläubige und den Provokationen radikaler und extremistischer Lager, haben nicht nur die Gewalt angestachelt um und an dem Kompond, sondern auch gedroht, dem Konflikt eine religiöse Komponente hinzuzufügen – eine ernsthafte und heikle Wende. Nur auf die Intervention von Jordanien hin wurden konkrete Schritte unternommen, um die Situation zu entschärfen. Diese Anfangsschritte müssen nun untermauert werden, um das Vertrauen wieder herzustellen, und ein Wiederaufflammen der Gewalt an dem Kompond mit all seinem Potential einer weiteren Ausstrahlung zu vermeiden.

5. Ähnlich wurde die israelische Siedlungsaktivität in und um Jerusalem in 2014 unvermindert fortgesetzt. Dertige Aktivitäten beinhalten Pläne in einigen der sensibleren Gebiete Jerusalems, wo eine Bebauung die Lebensfähigkeit der Zwei-Staatenlösung ernsthaft bedrohen würde, da sie Ostjerusalem vom Rest eines zukünftigen Palästinenserstaates absplitten würde. Dies schließt Har Homa, Givat Hamatos, Gush Etzion sowie die Beduinen-Umsiedlungspläne von E1 ein. Abgesehen von den Auswirkungen auf die Lebensfähigkeit der Zwei-Staatenlösung, sind die Siedlungen Teil einer Reihe israelischer Strategien gegen Jerusalem, die schwere psychosoziale Auswirkungen auf das tägliche Leben der Palästinenser haben. Silwan ist ein akuter Fall, ein dicht besiedeltes palästinensisches Viertel, das gravierend durch die Präsenz ideologischer Siedler zerrissen wurde.
6. Bei vielen Palästinensern in Jerusalem hat die Kombination aus der langjährigen israelischen Politik, die Israels illegale Annektierung von Ostjerusalem zementiert, und der Isolierung und Verarmung der Palästinenser, die dort leben, sowie die negativen Entwicklungen der letzten Zeit ein Gefühl der existentiellen Bedrohung jeglicher zukünftiger palästinensischen Präsenz in der Stadt erzeugt. Dies wurde durch Israels Ablehnung verschärft, der palästinensischen Führerschaft eine bedeutungsvolle Legitimation in Ostjerusalem einzuräumen.
7. Die Postition der EU zu Jerusalem ist konstant geblieben: ein Abkommen über die Grenzen der beiden Staaten, basierend auf den Grenzen vom 4. Juni 1967, mit Austausch von gleichwertigem Land, wie zwischen den Parteien vereinbart werden könnte. Die EU wird Änderungen der Grenzen vor 1967, auch im Hinblick auf Jerusalem, nur anerkennen, wenn diese von den Parteien vereinbart wurden. Dennoch – und angesichts der oben genannten Punkte hat die EU eine Verantwortung, ihr Engagement bezüglich Jerusalem gemeinsam mit internationalen Partnern im Dialog mit Israel und den Palästinensern zu beschleunigen. Vor allem gibt es heutzutage eine dringende Notwendigkeit, die diplomatischen Bemühungen zu verdoppeln, mit dem Ziel, die Situation zu stabilisieren und den universellen Charakter dieser einzigartigen Stadt zu bewahren.
8. Ohne dass dringend etwas unternommen wird, um diese Probleme in den Griff zu bekommen, könnte 2014 ein einschneidender Moment in einem Prozess sein, der zum Verlust des einzigartigen Charakters der Stadt und der Aussichten auf Frieden führt, die auf der Zwei-Staatenlösung basieren.

2 Siedlungen

2.1 Siedlungsaktivität in und um Jerusalem

9. Die EU vertritt den langjährigen Standpunkt, dass Siedlungen nach internationalem Recht illegal sind und ein Hindernis für den Frieden darstellen. Die EU wird keinerlei Änderungen der Grenzen vor 1967, einschließlich Jerusalem, anerkennen, außer denen, die von den Parteien vereinbart wurden. Heute leben über 815.000 Menschen innerhalb Jerusalems Stadtgrenzen (die unilateral von Israel nach 1967 bestimmt wurden). Geschätzte 200.000 der 540.000 israelischen Siedler leben zur Zeit in Ostjerusalem, neben über 300.000 Palästinensern. In 2014 wurde der Beschluss von den israelischen Behörden gefasst, 3.110 Siedlerstrukturen in Ostjerusalem voranzubringen. Inzwischen ging der Bau der Siedlungen in ganz Ostjerusalem weiter, einschließlich Gebieten, wie Givat Hamatos und Har Homa C, die in EU-Ratsbeschlüssen als besonders sensibel hervorgehoben wurden.
10. Januar bis Juni 2014: Wie weiter in Kapitel 11 ausgearbeitet wird, fällte der Oberste Gerichtshof Israels am 26. Januar eine Entscheidung im Hinblick auf die Verlängerung der Begin-Autobahn durch Beit Safafa. Am 12. März wurde bekannt, dass der Siedlerorganisation Ataret Cohanim das Recht gewährt wurde, eine Jeschiwa (Hochschule für Tora und Talmudschüler) auf den oberen Etagen des regierungseigenen Postgebäudes an der Salaheddin-Straße, gegenüber des Herods Gates, zu errichten, mitten im Haupthandelszentrum in Ostjerusalem. Anfang Juni, simultan mit der Vereidigungszeremonie der Nationalen Einheitsregierung, stellte das israelische Bau- und Wohnungsministerium Ausschreibungen für fast 1.700 neue Wohneinheiten aus. 500 Einheiten davon dienen der Erweiterung der bereits existierenden Siedlung in Ramat Shlomo in Ostjerusalem und 1.298 für Einheiten im Rest der Westbank, meistens in Siedlungen, die mit Jerusalems Peripherie in Verbindung stehen. Am 19. März, einem heiklen Augenblick für die Friedensgespräche, bewilligte das Örtliche Planungskomitee Baugenehmigungen für 186 Wohneinheiten in Ostjerusalem (40 in Pisgat Zeev und 146 in Har Homa C). Am 1. April veröffentlichte die Israel Land Authority (ILA) (Israel-Land-Behörde) erneut Ausschreibungen für 708 Wohneinheiten in Gilo, zur gleichen Zeit, als Eiltreffen mit der US-Regierung bezüglich der Fortsetzung der Friedensgespräche stattfanden, einschließlich einer möglichen Einfrierung von Siedlungen.
11. Juni bis August: Die Zeit von Ende Juni bis Ende August war eine Zeit hoher Spannungen in der Westbank und Ostjerusalem. Keine Pläne wurden zur öffentlichen Einsicht hinterlegt, keine Anhörungen hinsichtlich aktueller Pläne abgehalten, keine Bewilligungen ausgestellt und keine Ausschreibungen veröffentlicht. Dennoch ging der Bau der bewilligten Einheiten weiter.
12. August bis Dezember: Dennoch fand seit dem Waffenstillstand vom 26. August ein weiterer Anstieg der Siedlungsaktivität (Planen und Ausschreiben) statt:

In Jerusalem

- Am 25. August vergab die ILA (israelische Landbehörde) Aufträge für 708 Einheiten in der Siedlung von Gilo. Dies fiel zusammen mit dem Abschluss des Waffenstillstandsabkommen für Gaza.
- Am 27. August wurde der Plan für das Glassman Campus einer neuen 12-stöckigen Jeschiwa am Eingang von Sheikh Jarrah einer Sonderabstimmung im Stadtrat ausgesetzt und zur Empfehlung dem Planungs- und Baukomitee des Distrikts freigegeben.
- Am 24. September erhielt ein Plan von 2.610 Einheiten für Givat Hamatos seine definitive Bewilligung. Seit die Einspruchsfrist von 15 Tagen verstrichen ist, kann die entsprechende Ausschreibung jederzeit veröffentlicht werden. Wenn diese Pläne neben den Plänen zur Erweiterung von Har Homa umgesetzt werden, werden sie einen Gürtel aus Siedlungen bilden, der Ostjerusalem effektiv von Bethlehem und dem südlichen Teil der Westbank abschneidet. Des Weiteren wird Givat Hamatos das erste neue israelische Siedlungsviertel in Ostjerusalem sein, seitdem der Bau in Har Homa in den späten 1990ern begann. Die EU hat wiederholt ihre Sorge über die Entwicklung des Givat Hamatos-Siedlungsplans ausgedrückt, zuletzt in den Ratsbeschlüssen vom 17. November 2014.
- Am 30. September ergriffen Siedler, die zu der israelischen El'ad-Siedlerorganisation gehören, Besitz von sieben Gebäuden durch Kaufverträge, die kontrovers zu dem gegebenen, ungelösten Status von Jerusalem sind. Die Übernahme schloss 25 Wohneinheiten im Silwanviertel von Wadi Hilweh in Ostjerusalems ein. Das stellt die größte einzelne Siedlerübernahme in dem Gebiet seit der Gründung der ersten Siedlung in Silwan im Oktober 1991 dar. Die Errichtung von Siedlungsenklaven in Silwan ist eine hochsensible Angelegenheit, erstens, weil es eine Siedlungsexpansion innerhalb eines existierenden palästinensischen Viertels ist und somit Spannungen nährt, aber auch, weil das Ziel ist, das jüdische Viertel der Altstadt auszudehnen. Zur Zeit leben ca. 20.000 Palästinenser in Silwan und ca. 500 Siedler, die in Enklaven unter starkem Sicherheitsschutz leben.
- Am 19. Oktober ergriffen Siedler, die der israelischen Siedlerorganisation Ateret Cohanim angehören, Besitz von zwei weiteren Gebäuden im Zentrum von Silwan, die neun Wohneinheiten umfassen, wieder durch ähnliche Kaufverträge. Angesichts der kürzlichen Hausaneignungen in Silwan nimmt man an, dass die Siedlerbevölkerung des Gebietes sukzessiv zunehmen wird. Wie weiter bereits in Kapitel 3 ausgearbeitet, hat dies auch die bereits existierende gespannte Lage in Jerusalem noch zugespitzt und zu heftigen Zusammenstößen zwischen Palästinensern und Siedlern sowie Palästinensern und israelischen Polizeikräften geführt. Das Büro von Uri Ariel, dem israelischen Wohnungsbauministers gab eine Stellungnahme ab, die am 25. Oktober 2014 veröffentlicht wurde. Diese besagte, der Minister und seine Frau überlegten, ob sie ein Appartement in Silwan mieten und dort zusätzlich zu ihrem ständigen Wohnsitz in Kfar Adumin, einer in der Westbank gelegenen Siedlung im Nordosten Jerusalems, wohnen sollten.
- Am 3. November gab das regionale Planungsdirektorium in Jerusalem den Bauplan von 500 neuen

Siedlungseinheiten in Ramat Shlome zur öffentlichen Prüfung frei.

- Am 5. November wurden Baugenehmigungen für 306 Wohneinheiten in Vierteln über die Grüne Linie hinaus bewilligt. 28 wurden neu ausgeschrieben, wohingegen 216 vorher bewilligt worden waren und erneuert wurden. All dies betraf Einheiten in dem Viertel von Ramot, von denen die meisten jenseits der Grünen Linie liegen. Weitere 62 zuvor geprüfte Genehmigungen wurden für Har Homa erneuert.
- Am 19. November wurden Genehmigungen für 78 neue Siedlungseinheiten in Ostjerusalem ausgestellt. (unter bereits zugeteilten Ausschreibungen). 28 auf dem Ostflügel von Ramot und 50 in Har Homa C.

In der Jerusalem-Periphery

- Im Hinblick auf das E1-Gebiet zwischen Jerusalem und der israelischen Siedlung Ma'ale Adumim wurde keine formelle Planung bisher vorangebracht, seit Premierminister Netanyahu Angebote für 1.250 Einheiten im November 2013 eingefroren hat. Jedoch wurden andere Maßnahmen von den israelischen Behörden ergriffen, um die Siedlungsexpansion in dem Gebiet zu verfolgen:

Insbesondere hinterlegte die israelische Zivilverwaltung am 25. August sechs Pläne zur öffentlichen Einsicht im Hinblick auf die Erbauung einer Beduinengemeinde in Nuweima, im Norden von Jericho, wohin die Beduinengemeinden aus dem E1-Gebiet vertrieben werden sollten. Wenn diese Vertreibungen ausgeführt würden, liefen sie höchstwahrscheinlich auf eine Zwangsvertreibung hinaus. Wie von dem UNRWA-Generalkommissionar festgestellt wurde: „Wenn solch ein Plan umgesetzt würde, würde dies nicht nur die Sorge erhöhen, dass dies auf eine „Zwangsvertreibung“, im Widerspruch zur Vierten Genfer Konvention, hinausläuft, sondern dies könnte auch den Weg zu einer weiteren israelischen Siedlungsexpansion bereiten und außerdem die Realisierung der Zwei-Staatenlösung aufs Spiel setzen.“ In der Vergangenheit stand der Zwangstransfer der Beduinengemeinden in enger Verbindung mit dem Siedlungsausbau in dem Ma'ale Adumim-Gebiet.

Wenn der E1-Plan ausgeführt wird, würde er Ostjerusalem wirksam vom Rest der Westbank abschneiden und in separate Nord- und Südteile spalten, sich somit negativ auf die Kontiguität eines zukünftigen palästinensischen Staates und Jerusalems Potential als zukünftiger Hauptstadt zweier Staaten auswirken.

- Am 31. August bestimmte die israelische Zivilverwaltung ca. 4, 2 km des palästinensischen Landes zu „Staatsland“ in dem Gush Etzion-Siedlungsblock, der Ostjerusalem von seinem südlichen Hinterland trennt. Trotz strengem Druck, die Entscheidung dieser de facto-Enteignung zu revidieren, beharrt die israelische Regierung auf ihrer Position.

2.2 Nationalparks und Archäologie

13. Die vorgenannten Entwicklungen müssen im Zusammenhang mit Aktivitäten in dem Gebiet gesehen werden, die nichts mit Wohnsiedlungen zu tun haben. Sie sind Teil einer weiteren israelischen Bemühung ist, die jüdische historische Narrative von Jerusalem zu stärken.
14. Der Prozess der Bildung eines Grüngürtels aus Nationalparks in Ostjerusalem, rund um das sogenannte Heilige Becken, hat bereits vor fast 40 Jahren begonnen und wurde mit der Annahme des Plans für den Mount Scopus Slopes National Park im November 2013 abgeschlossen. Die Nationalparks schaffen eine geografische Kontiguität von Abu Tor nach Ma'ale Adumin und E1, die die palästinensische Bevölkerung in Silwan daran hindern, eine dringend erforderliche Ausweitung vorzunehmen, A-Tur (Mount of Olives (Berg der Oliven)) und Issawiyeh. Die Parks, die die Altstadt von Jerusalem umgeben, bilden auch einen Grüngürtel, der die Palästinenser daran hindert, auf ihrem eigenen Land zu expandieren und zu bauen. In den letzten Jahrzehnten haben die Behörden von Parks und Natur und die israelische Antiquitätenbehörde (IAA) die Entwicklung, die Präservierung und Ausgrabung der Antiquitäten, die auf dem Parkgelände liegen, beschleunigt. Mithilfe des Tourismus und der Archäologie wollten sie, eine Narrative aufstellen, die auf historischer Kontiguität der jüdischen Präsenz zum Nachteil anderer Religionen und Kulturen in dem Gebiet basiert. Die israelische Regierung hat permanent in die Entwicklung dieser Parks investiert, sowohl direkt, als auch indirekt. Die meisten der Finanzmittel sind in archäologische Stätten geflossen.
15. Im Laufe des letzten Jahres wurden Maßnahmen ergriffen, um die existierenden Parks attraktiver zu machen, anstatt diese durch Landkonfiszierung auszudehnen, wie es zuvor der Fall war. Maßnahmen, diese Stätten zu verschönern dienten jedoch immer dazu, eine exklusive israelisch-jüdische Narrative im Hinblick auf diese Stadtteile zu fördern. Nachdem die Planung bezüglich dieser Ländereien rechtlich abgesichert worden war, wurden Maßnahmen vorangetrieben, um weitere archäologische Stätten auszugraben und zu entwickeln.
16. Das archäologische Hauptprojekt, die Stadt Davids, Teil des Jerusalem-Mauer-Nationalparks, im palästinensischen Viertel von Silwan, außerhalb der Altstadt-Mauern, in der Nähe der Westmauer-Plaza und des Haram al-Sharif/Tempelberges, empfängt rund 400.000 Besucher pro Jahr. Die archäologische Stätte wird von der Siedlerorganisation, El' ad, betrieben, die auch die Siedlungen in Silwan fördert. Auf der Tourismussseite von Davids Stadt fördert El'ad eine exklusive jüdische Narrative. Dabei trennt man den Ort von seiner palästinensischen Umgebung. Seit 2012 hat sich das Budget der israelischen Regierung für diese Projekte erhöht, mit El' ad als einen dessen Hauptnutznießer. Der Beitrag von Israels Regierung für El' ad, der El' ads Schulden bei der israelischen Antiquitätenbehörde deckt, beträgt mindestens 26,3 Mio israelische Schekel (5,4 Mio Euro) für die Zeit von Dezember 2011 bis Februar 2014.
17. Im Jahr 2014 förderte El' ad Tourismusprojekte am nördlichen Eingang von Silwan, wie zum Beispiel den Kedem-Kompound und das Spring-Haus. Die weitgefächerten Investitionen und archäologischen Ausgrabungen mit der Präsentation einer Auswahl an Antiquitäten als Beweis des historischen Rechtsanspruches des Volkes Israel auf diese Stätte schaffen ein neues historisches Becken. Daher bezieht man Teile der Umgebung von Silwan verstärkt immer mehr als „die Stadt Davids“. Die kürzlich gegrabenen Tunnel, die Silwan mit der Altstadt verbinden, schaffen eine physische Kontiguität und fördern eine uniforme historische Narrative, die die palästinensische (völlig) ignoriert.

18. Im Januar 2014 deponierte die El'ad-Organisation Pläne zum Bau des Touristenkomounds, oberhalb des Spring-Hauses in Silwan. Die Pläne beinhalten die Bewilligung für die vorhandene Konstruktion und die Vorbereitung des Gebiets, das Besuchern der Altstadt dient. Dazu zählt: Die Ausgrabungsplätze, die bisher noch nicht mit der Altstadt verbunden sind, zu einer durchgehenden Entität zu verbinden. Das Spring-Haus/Gihon Spring-Tourismus-Zenter soll zwischen Wohnhäusern gebaut werden, in einem strategischen Gebiet des Dorfes auf dem Hauptweg zwischen dem Kidron-Tal-Fußpfad und dem Berg der Oliven im Osten und dem al-Bustan-Viertel im Westen. Als Ergebnis wird dieses Tourismuszenter El' ads Festhalten am Kidron-Tal vertiefen.
19. Im April 2014 bewilligte das Regionale Komitee mit einigen Änderungen den Plan für den Kedem-Kompound, eine Entscheidung, gegen die Rechtsmittel vor dem Berufungskomitee des Nationalrates für Planung und Konstruktion eingelegt wurden. Der „Kedem-Kompound“, ist für andere Pläne der Siedler in Silwan und der Altstadt von Jerusalem wesentlich. Außer den Kompound zu fördern und den „Schrein der Bibel“ darin, fördern die Siedler einen Entwicklungs- und Bauplan rund um die Dorfquelle und fahren fort, Tunnel unter dem Dorf sowie in und unter der Altstadt zu graben. Wenn der Kedem-Kompound fertiggestellt ist, wird er die Skyline (den Charakter) der Altstadt verändern, deren Mauern als UNESCO-Weltkulturerbe anerkannt wurden. Darüber hinaus fürchten Archäologen, dass der Bau die archäologische Stätte beschädigen könnte, über die der Kompound gebaut wird.

3. Polarisierung und Gewalt

20. Während die letzten Jahre durch einen relativ niedrigen Gewaltpegel in Jerusalem charakterisiert wurden, sah das Jahr 2014 eine signifikante Zunahme der Anzahl und des Schweregrades von Gewaltakten, die die Palästinenser und Israelis in Jerusalem begingen. Die Entführung und Ermordung eines palästinensischen Teenagers aus Shu' afat, einem Viertel in Ostjerusalem, am 2. Juli 2014, als Racheakt für den Mord an drei israelischen Teenagern in der Nähe von Hebron, führten zu einer Eskalation der Gewalt in Jerusalem, die das ganze Jahr hindurch anhielt. Diese Gewalt ergab Tote bei Palästinensern und Israelis, Verletzte, Verhaftungen und Häuserzerstörungen als Bestrafung für gewaltsame Angriffe. Einige der Schlüsselereignisse, die zusätzliche Wellen von Unruhe und Zusammenstößen in Jerusalem ausgelöst haben, waren:
- Am 24. Juli brachen breit angelegte Proteste in Ostjerusalem wegen Israels Offensive in Gaza aus. Palästinensische Demonstranten stießen mit der israelischen Grenzpolizei zusammen, nachdem sie daran gehindert wurden, die Al Aqsa Moschee zu erreichen. Nur ein paar tausend wurde erlaubt, zu beten, im Vergleich zu 400.000 in der gleichen Ramadan-Nacht im letzten Jahr. Die Grenzpolizei berichtete, die Demonstranten in Ostjerusalem hätten Molotow-Cocktails und Steine auf sie geworfen. Die israelische Polizei sagte, 40 Demonstranten seien verhaftet worden. Ca. 200 Palästinenser wurden verwundet, meistens durch Inhalieren von Tränengas.
 - Am 4. August fanden zwei Gewalttaten in Jerusalem statt. Ein Industriebagger überfuhr einen Israeli, tötete ihn, verletzte fünf andere und stieß einen leeren Bus in Musrara um, das an das Gebiet von Sheikh Jarrah

grenzt. Der palästinensische Fahrer wurde beschossen und von der israelischen Polizei getötet. Beim zweiten Vorfall wurde ein israelischer Armeeeoffizier von einem Mann auf einem French Hill-Motorrad in Ostjerusalem erschossen.

- Am 31. August wurde ein 16-jähriger Palästinenser in Wadi Joz bei Zusammenstößen mit der israelischen Polizei getötet.
- Am 22. Oktober fuhr ein Palästinenser sein Auto in eine Stadtbahn-Haltestelle am Ammunition Hill in Ostjerusalem. Zwei Menschen wurden getötet und sechs verwundet. Der Fahrer, ein Palästinenser aus Silwan, wurde von der israelischen Polizei erschossen und getötet. Seine Wohnung in Silwan wurde am 19. November als Strafmaßnahme zerstört.
- Am 29. Oktober wurde Yehuda Glick, ein führender Aktivist in der israelischen „Tempelbergbewegung“, von einem maskierten Mann auf einem Motorrad in Westjerusalem getötet. Am 30. Oktober schoss und tötete die israelische Polizei den Verdächtigen in Abu Tur.
- Am 30. Oktober entschied die israelische Regierung, den Haram al Sharif/Tempelberg für alle Besucher 24 Stunden lang als Sicherheitsmaßnahme zu schließen. Dies war das erste Mal seit 1967, dass Israel unilateral diesen Schritt getan hat. Zusammenstöße brachen zwischen Palästinensern und der israelischen Polizei in der Umgebung von Ostjerusalem aus. Mindestens 31 Palästinenser wurden verwundet und 17 an diesem Wochenende inhaftiert. Ein israelischer Jude wurde festgenommen und weitere vier inhaftiert wegen mutmaßlicher Störung der öffentlichen Ordnung am Tempelberg.
- Am 5. November fuhr ein Auto in Fußgänger hinein auf der Route 60, der Hauptstraße in Jerusalem, die den Osten und Westen der Stadt trennt. Ein israelischer Offizieller der Grenzpolizei und ein Palästinenser wurden getötet und 13 Menschen verletzt. Die israelische Polizei schoss und tötete den palästinensischen Fahrer, ein Bewohner des Shuafat Flüchtlingslagers.
- Am 15. November erblindete eine 10-jährige Palästinenserin aus Shu'afat in Ostjerusalem, nachdem die israelischen Streitkräfte auf das Auto geschossen hatten, in dem sie reiste.
- Am 17. November wurde ein palästinensischer Busfahrer in seinem Bus im Busdepot erhängt aufgefunden, was Zusammenstöße wegen des Misstrauens gegenüber den Motiven, die hinter seinem Tod standen, auslöste.
- Am 18. November wurden im Har Nof-Viertel von Westjerusalem bei einem Angriff auf eine Synagoge fünf Israelis getötet und sieben verletzt. Die beiden palästinensischen Angreifer, Bewohner von Jabal al-Mukaber, wurden von der israelischen Polizei getötet.
- Am 24. November wurden zwei Israelis von zwei Palästinensern in Ostjerusalem erstochen.

21. Diese Gewalt bereitete den israelischen Behörden ernsthafte Sorgen. Bereits am 29. Juni bewilligte das israelische Kabinett einen Finanzierungsplan in Höhe von 295 Mio israelischen Schekeln (60 Mio Euro) (2014

– 2018), mit dem angegebenen Ziel, „die städtische Regierung in den östlichen Vierteln der Stadt zu stärken und die Sicherheitssituation zu verbessern“. Der Bericht besagt außerdem, dass die Situation in Ostjerusalem zu einer „reellen Auswirkung auf die israelische Fähigkeit, das Gebiet unter seiner Herrschaft effektiv zu leiten“ geführt. Er wurde infolge einer politischen Sicherheitskabinett-Diskussion im Dezember 2013 im Hinblick auf die Zunahme von Vorfällen mit Steinewerfen und Gewalttaten in Ostjerusalem vorbereitet. Die Empfehlungen zielten darauf, „ die Bevölkerung von Ostjerusalem zu stärken“ und illustrierte die angekündigte Absicht der israelischen Behörden, nicht nur die Sicherheitsmaßnahmen zu erhöhen, sondern auch eine mögliche weitere Verschlechterung in der Sicherheitssituation durch verbesserte Lebensbedingungen für palästinensische Bewohner von Jerusalem zu bekämpfen.

22. Als Konsequenz wurde die Anzahl der Polizeioffiziere, die in Jerusalem im Einsatz sind, signifikant erhöht. Bereits wichtig während der Operationen „Brothers Keeper“ in der Westbank (Juni) und „Protective Edge“ in Gaza (Juli, August), erhöhte man die Anzahl der Polizeikräfte in Jerusalem aufgrund der Angriffe, die in der Stadt seit Oktober stattfanden, als die Regierung von Israel die Stationierung von 1.000 zusätzlichen Polizeikräften durch die Stadt bekanntgab, in ihrer Bemühung, die Gewalt zu unterdrücken. Diese Streitkräfte waren in wiederholten gewalttätigen Konfrontationen mit palästinensischen Jugendlichen, was zu über 1.300 Verhaftungen führte (wobei 40% der Inhaftierten Minderjährige sind) von Anfang Juli bis Ende November. Dies vergrößert die ernsthafte Besorgnis um den Schutz der betroffenen Bevölkerung.
23. Außer dem Einsatz der Polizeioffiziere gab es auch ein erhöhtes Resort der Luftüberwachung in der zweiten Hälfte von 2014. Außer den häufigen Helikopter-Flügen über der Gegend von Ostjerusalem, verkündete der Bürgermeister von Jerusalem am 17. Juli die Unterzeichnung eines Vertrages mit einer Luftfahrtgesellschaft, die sich auf UAV (mit unbemannten Luftfahrzeugen- Drohnen) auf Luftaufnahmen spezialisiert hat. Außerdem verkündete die Stadt im Oktober den Einsatz der städtischen Einheit der Luftüberwachung, die sich aus drei Überwachungsballons zusammengesetzt, um hoch über Ostjerusalem zu wachen. Diese Ballons haben das angegebene Ziel, der Polizei und den Sicherheitskräften zu helfen, rechtzeitig Gewalttaten auf schnelle, effiziente Art zu lokalisieren. Sie übermitteln ihr Filmmaterial einem „Lagerraum“ sowie einer Einheit, die in dem „Städtischen Not-Verteidigungsdepartment“ errichtet wird.
24. Des Weiteren wurden auch zahlreiche zusätzliche strenge und restriktive Maßnahmen eingeführt, häufiger und systematischer während der letzten Monate in 2014, sowohl in der Altstadt, als auch in anderen Nachbarschaften von Ostjerusalem: „Fliegende Checkpoints“, Vorladungen zu Polizeiverhören, temporäres Verbot von KFZ-Verkehr in den Hauptverkehrsadern, häufiger Einsatz von „Skunks-Wasser“ (stinkendes Wasser), Absperrung der Umgebung von Ostjerusalem vom Rest der Stadt durch Installieren von temporären Betonblöcken (Abu Tor, Issawiyya und Jabal Mukabar). Wie ausführlicher in Kapitel 7 behandelt, haben diese die Bewegungsfreiheit, den Handel sowie kulturelle und ökonomische Aktivitäten in Ostjerusalem zum Erliegen gebracht.
25. Andere Maßnahmen, die die Sicherheit rund um die Siedlungsenklaven in den palästinensischen Vierteln verbessern sollen, folgten ebenso. Die Siedlungsenklaven wurden bereits hoch gesichert, bevor die Unruhen in Jerusalem begannen. Das israelische Wohnungsministerium beschäftigt 370 private Sicherheitsleute, um die Siedlerenklaven von Ostjerusalem zu sichern. Die Kosten dafür übersteigen 100 Mio israelische Schekel (20.5 Millionen Euro) im Jahr 2014, was mehr als 30.000 israelische Schekel (6.100 Euro) pro jüdischem

Bewohner der Siedlungsenklaven von Ostjerusalem ausmacht, laut israelischem Finanzministerium. Infolge der gewalttätigen Zwischenfälle wurden permanente paramilitärische Grenzpatrouillen-Posten in der Nähe dieser Enklaven installiert und Konvoys für Siedler organisiert. Diese Tendenz hat die Sorgen unter den Palästinensern im Hinblick auf die Verschlechterung der Lebensbedingungen von Palästinensern erhöht, die neben den Siedlungsenklaven leben. Sie fürchten, dies könnte zu einer ähnlichen Situation wie der aktuellen Situation in Hebron führen.

26. Wie bereits ausführlicher in Kapitel 5 behandelt, haben die israelischen Behörden auch wieder die Praxis der Häuserzerstörung als Strafmaßnahme als Antwort auf Gewaltangriffe aufgenommen, als Versuch, Palästinenser von Gewalttaten abzuhalten. Der Wiedereinsatz ließ palästinensische Beschuldigungen des Zweierlei-Maßes wieder aufleben, da eine solche Strafmaßnahme nach der Ermordung des palästinensischen Teenagers durch drei israelische Bürger am 2. Juli 2014 nicht eingesetzt wurde.
27. Parallel zu diesen Maßnahmen entschieden die israelischen städtischen Behörden Ende Oktober, strikte Regeln und Strafen gegen die Bewohner palästinensischer Viertel zu verstärken, um die Bewohner von Ostjerusalem so zu zwingen, gegen palästinensische Jugendliche, die in die täglichen Zusammenstöße verwickelt sind, vorzugehen. Diese Strafen decken ein breites Spektrum von Aktionen (wachsende Zahl von Strafmandaten, Parkgebühren, Strafgebühren für nicht genehmigte Geschäfte oder andere kleinere Verstöße, wie z. B., das Konfiszieren des Eigentums aufgrund Steuer- oder Privatschulden, Absperrung der Wasserzufuhr für verschuldete Häuser, Konfiszieren von Tieren, Häuserzerstörungen usw.). Diese Strategie wurde von verschiedenen israelischen und palästinensischen NGOs verurteilt, da sie Teil einer „Kollektivbestrafungs“-Strategie sind, die auf die palästinensischen Einwohner von Ostjerusalem zielt.
28. Im November 2014 bekräftigte Premierminister Netanyahu seine Ansicht, die wachsende Unsicherheit, mit einer „eisernen Faust“ zu behandeln, um keine „Extremisten und Fanatiker Jerusalem entzünden zu lassen.“ Die israelischen Streitkräfte fuhren dann fort, die Situation durch massiven Einsatz von Polizeikräften und einer „0-Toleranz-Politik“ zu handhaben.
29. Eine der sichtbarsten Folgen des extrem hohen Pegels an Spannungen und Gewalt ist eine wachsende Polarisierung der Stadt, die kürzlich von verschiedenen Beobachtern und Medien als „geteilter“ als zu irgendeiner Zeit nach 1967 beschrieben wurde. Während gegenseitiges Misstrauen eine langjährige Charakteristik der Stadt war, vermehrten die letzten Entwicklungen Symptome von gegenseitigem Hass. Diese Tendenz ist auf beiden Seiten der Stadt aufgrund der wachsenden Feindseligkeit und dem gegenseitigen Misstrauen auf beiden Seiten entstanden (Zusammenstößen zwischen palästinensischen Jugendlichen und israelischer Polizei, Steinewerfen auf israelische Autos in und um Ostjerusalems Viertel, wachsende Feindseligkeit gegenüber Palästinensern im westlichen Teil der Stadt und in der Nähe von Siedlungen, einschließlich Razzien durch selbsterklärte Gesetzeshüter in Westjerusalem, öffentliche anti-arabische Demonstrationen, Schikanen gegenüber Palästinensern, Mitglieder einer Gemeinde, vom Betreten des Viertels des anderen abhalten). Jerusalems Stadtbahn – die oft als eine der wenigen Stellen der Koexistenz in Jerusalem beschrieben wird, ist seit dem Sommer zu einem Hauptsymbol für Gewalt geworden - von Zwischenfällen durch Steinewerfen, wobei bis zu 40 % der Stadtbahn-Züge beschädigt wurden, bis hin zu tödlichen Angriffen mit Autos. Obwohl ein hohes Aufgebot an Polizeikräften mobilisiert wurde, um deren Strecke in sensiblen Gebieten zu sichern, ist diese Stadtbahn Gegenstand wachsender Entfremdung beider,

sowohl der Palästinenser als auch der Israelis, deren Grad an gegenseitigem Argwohn bleibende Auswirkungen auf die Beziehung zwischen beiden Gemeinschaften haben könnte.

4. Der HARAM AL-SHARIF/TEMPELBERG

30. Der Haram Al-Sharif/Tempelberg ist eine der bedeutendsten religiösen Stätten in der Altstadt von Jerusalem und sowohl für Muslime, als auch für Juden ein Heiligtum. Die Moslem-Welt sieht die Begriffe, Haram Al Sharif und Al-Aqsa, als austauschbar, wohingegen Mitglieder des israelischen politischen und religiösen Establishments oft ausschließlich Al -Aqsa auf das aktuelle Gebäude der Moschee selbst beziehen. Seit 1967 stand die Stätte de facto unter israelischer Sicherheitskontrolle. Aber sie wird von den Waqf (Jordanischen islamischen Behörden) verwaltet. Artikel 9 des Wadi-Araba-Friedensabkommen zwischen Israel und Jordanien (1994) formuliert neu, dass „Israel die gegenwärtige Rolle des Haschemitischen Königreichs Jordanien bei den muslimischen heiligen Schreinen in Jerusalem respektiert“. Am 31. März 2013 unterzeichneten König Abdallah II von Jordanien und Präsident Abbas ein Abkommen, das die Rolle des jordanischen Königs als Wächter der islamischen heiligen Stätten in Jerusalem und seine Verantwortung, diese zu sichern und zu erhalten, erneut bekräftigt, insbesondere den Haram al-Sharif. Gemäß dem langjährigen Status Quo ist den Besuchern aller Glaubensrichtungen der Zugang erlaubt, aber Gebete von „Nicht-Muslimen“ sind auf dem Haram Al-Sharif/Tempelberg verboten. Gemäß traditioneller orthodoxer halachischer Interpretationen, die sowohl von Ashkenazis, als auch von sephardischen Chefrabbinern wieder bekräftigt wurden, ist der Zugang für Juden aus Gründen der rituellen Reinheit verboten. Während des letzten Jahrzehnts argumentiert eine wachsende Anzahl nationalistisch-religiöser Rabbis, dass der Zugang erlaubt ist, solange er auf den Umfang der Esplanade limitiert ist und die halachischen Regeln der Reinheit einhält.
31. Angesichts der Bedeutung der Stätte läuft jede Bedrohung oder vermeintliche Bedrohung seiner Integrität und des Status Quos nicht nur Gefahr, eine Wiederaufnahme des Friedensprozesses zu unterminieren, sondern hat auch das Potential, die Region zu destabilisieren und weitverbreitete globale Reaktionen hervorzurufen, und dem Konflikt eine religiöse Dimension zu geben. Indem der Haram Al-Sharif/Tempelerg die sich verschlechternde Beziehung zwischen Juden und Muslimen in Jerusalem widerspiegelt, sieht er sich mit wachsenden Spannungen in 2014 konfrontiert, besonders seit Juni, was eng verbunden mit dem alarmierenden Gewaltpegel in ganz Ostjerusalem und im Rest der Westbank, zusätzlich zu dem Gazakonflikt, den Sommer über, ist.
32. Die sich verschlechternde Tendenz gegenüber den Vorjahren wurde durch eine gravierende Eskalation der Spannungen auf der Esplanade bestärkt, die das Jahr 2014 hindurch anhielten. Sie wurden entfacht durch „unaufhörliche Provokationen und Hetze israelischer Regierungsmitglieder, israelischer Siedler und Extremisten“, wie von dem UNSG in seinem „Bericht zu einer friedlichen Lösung der Frage Palästinas“ (4. September 2014) festgestellt wurde. Fast täglich sind Siedler und national-religiöse Aktivisten auf den „Haram Al-Sharif/Tempelberg gestiegen, unter dem Schutz von israelischen Streitkräften. Derartige Besuche nahmen während der jüdischen Ferien zu, und die israelische Polizei hat eingegriffen, um Talmud-Rituale zu verhindern. Bei zahlreichen Gelegenheiten versuchten Extremisten, die israelische Flagge auf der Esplanade zu hissen und schrien beleidigende Slogans. Organisierte Beet- und Studentengruppen mit dem

ausschließlichen Ziel, die Al-Aqsa (Murabitun) zu verteidigen, nehmen zu in 2014. Manchmal beschimpfen ihre Mitglieder religiöse Juden, Siedler und national-religiöse Aktivisten, die sie betreten und blockieren deren Weg mit ihren eigenen Körpern.

33. Eine besondere Sorgenquelle war die Anzahl der prominenten und provokativen Besuche von Mitgliedern des israelischen politischen Establishments. Am 25. November kritisierte der Polizeichef, Danino, scharf derartige Besuche.
34. Als Ergebnis wurde fast täglich über Zusammenstöße zwischen israelischen Streitkräften und Palästinensern mit den zuvor oft eingesetzten Blendgranaten, Gummi ummantelten Stahlkugeln und Tränengas berichtet. Bei mindestens einer Gelegenheit in diesem Jahr sperrte die israelische Polizei die Palästinenser in dem Moscheegebäude ein. Laut dem Polizeisprecher, Micky Rosenfeld geschah dies, „um Störungen einzudämmen“. Palästinensische, oft maskierte, Demonstranten haben Steine, Metallrohre, Zementstücke, Molotow-Cocktails und Böller auf die israelische Polizei geworfen. Es wurde auch über Fälle der Lagerung von Steinen in dem Al-Aqsa-Moscheegebäude für den Einsatz gegen die israelische Polizei berichtet. Laut Waqf wurden über 2.000 Muslime verwundet und über 400 in diesem Jahr inhaftiert, unter ihnen Kindern und Frauen. Opfer gab es auch unter den israelischen Streitkräften. Der israelische Minister für innere Sicherheit bringt zur Zeit gerade ein Gesetz auf den Weg, das die organisierten Verteidigungsgruppen der Stätte (Murabitun) vertreibt. Die Zusammenstöße haben auch Schäden an den heiligen Stätten verursacht. Im Oktober 2014 wurden Graffiti, die den Davidstern mit einem Hakenkreuz gleichstellen an drei Stellen auf der Esplanade gefunden.
35. 2014 hindurch wurden über signifikant zunehmende Restriktionen hinsichtlich des Zugangs von Muslimen zur Esplanade berichtet, was eine signifikante Änderung gegenüber den vorherigen Jahren darstellt. Gemäß den israelischen Behörden wurden diese Maßnahmen aus Sicherheitsgründen eingeführt. Vorherige palästinensische Bewohner von Jerusalem und Westbank mit Genehmigungen genossen meist uneingeschränkten Zugang zu der Stätte, wohingegen normalerweise palästinensischen Bewohnern der Westbank nur während der muslimischen Ferien gewährt wurde, mit einigen Altersbeschränkungen. In den letzten sieben Jahren wurden Muslimen aus Gaza keinerlei Genehmigungen gewährt, Jerusalem zu besuchen, bis Oktober 2014. Von Januar bis Oktober 2014 wurde der Zugang zum Haram Al-Sharif/Tempelberg circa 40 Male „gefiltert“ (was bedeutet, dass der Zugang für Muslime und /oder Frauen unter 50 abgelehnt wurde) und die Esplanade wurde ca. 14mal vorübergehend geschlossen. Während der meisten Zeit von Pessach wurde der Zugang durch religiöse Juden verhindert, aufgrund von Zusammenstößen auf der Esplanade. Aufgrund der Erschießung von Yehuda Glick, einem führenden Aktivisten in der israelischen „Tempelberg“-Bewegung verhängte Israel unilateral eine Totalsperre gegen die Stätte am 30. Oktober. Dies war das erste Mal, dass Israel seit 1967 einen derartigen Schritt ergriffen hat (als Folge von Sharons Besuch auf der Esplanade war er auf Beschluss des Waqf in 2000 geschlossen worden).
36. Schwere Restriktionen wurden auch während der Freitage des Ramadans verhängt, wo der Zugang zur Esplanade für Muslime unter 50 verboten wurde und man berichtete über einen drastischen Rückgang (der Anzahl) von Westbank-Bewohnern, die Kontrollstellen um Jerusalem herum überquerten. Sie gingen von 456.466 in 2013 auf 45.291 in 2014 zurück, seitdem nur Männern über 50 und Frauen über 40 erlaubt war, Jerusalem ohne Genehmigungen zu betreten, während dies weder Hebronitern noch Gazanern erlaubt war

(den gesamten Ramadan hindurch) . Während der Freitage im Ramadan wurde das Betreten der Altstadt Palästinensern aus der Westbank unter 50 verweigert, denen es gelungen war, die Kontrollstellen mit Arbeits- oder Handlungsgenehmigungen zu überqueren. Das Ergebnis war, dass Tausende auf den Straßen, die die Altstadt von Jerusalem umgeben, beteten. Als Folge davon hat die Menge der Gläubigen auf dem Haram Al-Sharif/Tempelberg während Ramadan 2014 drastisch abgenommen, verglichen mit früheren Jahren (von 250.000 – 300.000 auf 5.000 bis 7.000) an jedem Freitag, laut Waqf). Schwere Beschränkungen wurden auch in der Nacht vom 24. - 25. Juli (Laylat al Qader), während der es nur ein paar tausend Muslime gelang, die Moschee zu erreichen (im Vergleich zu ca. 400.000 in 2013). Andererseits gewährte Israel über die Tage der muslimischen Feiertage von Eid al-Adha zum ersten Mal seit 2007 über 1.240 Gazanern, die über 60 Jahre alt waren, Zugang zu der Esplanade. Als entsprechende Maßnahme entschied Israel, jede Woche 200 Genehmigungen für 60jährige oder über 60-jährige Gazanern, bei denen Klarheit über die Sicherheit besteht (die kein Sicherheitsrisiko darstellen), zu erteilen, um auf der Esplanade zu beten. Auf der Basis dieser Entscheidung erhielten 151 Gazaner am 24. Oktober und weitere 543 während der vier Freitage im November diese Genehmigungen.

37. Das gesamte Jahr 2014 hindurch intensivierte sich die israelische politische Debatte um die Situation des Haram Al-Sharif/Tempelbergs signifikant. Sowohl rechte Politiker, als auch extremistische national-religiöse Gruppen, wie z.B. die Tempelbergbewegungen, forderten von der Regierung, den Status Quo des Haram Al-Sharif/Tempelberg zu verändern, um Juden zu erlauben, an der heiligen Stätte zu beten und in einigen Fällen sogar, um den Dritten Jüdischen Tempel darauf zu errichten. Derartige Gruppen, die sogar „die liberale Forderung für Freiheit der Religion für Juden“ ausdrücken, wohingegen sie auf der Esplanade Gewalttaten ausführen, scheinen unter der breiteren israelischen Öffentlichkeit einen Konsens zu gewinnen, sowie ihre Beziehungen mit dem israelischen Establishments zu vertiefen, von dem sie verstärkte Unterstützung erhielten. Das Innere Komitee der Knesset traf sich durchschnittlich einmal pro Monat, um die Situation der Esplanade zu diskutieren und mehrere Debatten fanden in der Knesset statt. Im März errichtete das Innere Komitee der Knesset ein Unterkomitee mit der Aufgabe, das Thema des Eintritts für Juden auf dem Haram Al-Sharif/Tempelberg zu diskutieren. Ein Gesetzesentwurf, um jüdische Gebete auf dem Haram Al-Sharif/Tempelberg zu erlauben, wurde im Mai 2014 übermittelt und im August 2014 schlugen Knessetminister vor, dass Juden und Araber die Esplanade zu verschiedenen Zeiten betreten sollten, um sie auf der heiligen Stätte völlig voneinander zu trennen. Im Gegensatz zu einigen der Aussagen der hochrangigen Kabinettsminister und deren Besuche unterstrich Premierminister Netanyahu bei mehreren Gelegenheiten seine Verpflichtung zum Status Quo, zuletzt während des Besuchs des UN-Generalsekretärs in Israel, Anfang Oktober, und infolge der völligen Schließung der Esplanade sowie während einer Unterredung mit dem jordanischen König Abdallah II am 6. November 2014.
38. Die Entwicklungen, sowohl innerhalb des israelischen politischen Establishments, als auch vor Ort an der Esplanade, lassen ernsthafte Sorgen aufkommen über die mögliche Anwendung des in Hebron bereits existierenden „Modells“ (Ibrahim-Moschee/Grab der Patriarchen) auf dem Haram Al-Sharif/Tempelberg. Dieses (Modell) besteht aus einer erzwungenen temporalen und territorialen Trennung der Stätte, um gleichen muslimischen und jüdischen Zugang zu gewähren.
39. Die palästinensische Führung und der jordanische König haben ihren Einwand gegen solch ein Szenario scharf ausgedrückt und die Internationale Gemeinschaft aufgefordert, gegen die Verstöße, die die heiligen

Stätten betreffen, insbesondere in Bezug auf die Esplanade zu handeln. Sowohl die Organisation der Islamischen Kooperation und die Gruppe der arabischen Staaten in der UN-Generalversammlung, als auch die Arabische Liga haben ihre scharfe Verurteilung der Verschlechterung der Situation ausgedrückt und an die Verpflichtungen der Internationalen Gemeinschaft appelliert, die heiligen Stätten zu schützen.

40. Dabei spielte Jordanien – in Beratung mit dem Haschemitischen Wächter des Königreichs und der Waqfs-Verwaltung des Haram Al-Sharif – eine aktive Rolle, indem es ernste Sorgen – sowohl auf internationaler, als auch auf bilateraler Ebene mit Israel – zu Entwicklungen auf dem Haram Al-Sharif/Tempelberg aufwarf. Im September 2014 führte dieser Druck zur Demontage einer zweiten provisorischen Holzbrücke, die zu dem Mughrabi Tor führen sollte, das Israel außerhalb des Haram Al-Sharif/Tempelberg ein paar Monate zuvor erbaut hatte. Weiterhin wurde auf jordanische und palästinensische Forderung hin eine Eilsitzung des UN-Sicherheitsrats am 29. Oktober 2014 einberufen, um die Spannungen auf der Esplanade zu diskutieren. Am 5. November zog Jordanien seinen Botschafter aus Tel Aviv zurück, infolge schwerer Zusammenstöße, bei denen die israelische Polizisten selbst die Moschee betraten und mutmaßlich den ganzen Weg bis zur Minbar (Kanzel) und Gebetsnische und dabei Schäden verursachte. Ein jordanischer Sprecher des Außenministeriums stellte weiter fest „alle Optionen werden Erwägung gezogen, darunter auch, das Friedensabkommen mit Israel neu zu überdenken“. Jordanien sandte auch einen Beschwerdebrief an den UN-Generalsekretär.
41. Um die Situation zu entschärfen, reiste US-Staatssekretär John Kerry nach Amman am 13. November, um Präsident Abbas und dann trilateral mit König Abdallah II und PM Netanyahu zu treffen. Infolge dieser Treffen wurden die Restriktionen für das muslimische Gebet am Haram wurden zum ersten Mal seit Monaten aufgehoben. Darüber hinaus wurde die Größe der jüdischen Gruppen, die ihn besuchen, auf jeweils 10 beschränkt (im Gegensatz zu Gruppen von ca. 30 zuvor). Jordaniens Botschafter in Israel wurde jedoch noch nicht nach Tel Aviv zurückgesandt. In einer Eilsitzung zu Palästina am 29. November verurteilten die Minister der Arabische Liga die israelischen Praktiken „die darauf zielen, die Al-Aqsa Moschee zu teilen und ihr die israelische Kontrolle aufzuerlegen“. Sie verurteilten die wiederholten Angriffe auf die Moschee durch „israelische Extremisten“, und stellten fest, diese seien eine Bedrohung im Hinblick auf den Ausbruch eines religiösen Krieges.

5. Planung, Zerstörungen, Zwangsräumungen und Vertreibung

42. Das Planungsregime der Stadtverwaltung von Jerusalem bleibt eine Sorgenquelle, da es palästinensischen Bauaktivitäten schwere Restriktionen auferlegt und somit sowohl eine schwerwiegende Kürzung der Wohn- und Basisinfrastruktur für palästinensische Bewohner erzeugt, als auch zu schweren Hemmnissen bei der Entwicklung führt. Ca. 52 % des israelisch-definierten kommunalen Gebietes von Ostjerusalem ist für die (pal.!) Entwicklung nicht verfügbar und 35 % wurden für den Siedlungsbau bestimmt. Daraus ergibt sich, dass weniger als 13% für den Bau genutzt werden können, um die Bedürfnisse der Palästinenser zu befriedigen. Viel von diesem Land ist bereits bebaut. Die erlaubte Baudichte ist begrenzt und die erforderlichen Planungs- und Bau-Standards sind schwer zu erfüllen. Zusammen erschwert und verteuert das den Anwendungsprozess. Mindestens 33 % aller palästinensischer Häuser in Ostjerusalem mangelt es an von

Israel erteilten Baugenehmigungen, was über 93.000 Palästinenser der Gefahr der Hauszerstörung und Vertreibung aussetzt.

43. Am 3. September gewährte die Jerusalemer Kommune die vorläufige Bewilligung eines Masterplans, der ein Gebiet betrifft, das Arab A-Sawahrah genannt wird – ein palästinensisches Viertel im Südosten Jerusalems, das an die Stadt Abu Dis angrenzt – für den Bau von 2.200 neuen Wohneinheiten für Palästinenser, die in Ostjerusalem leben. Bevor die Baugenehmigungen gewährt werden können und irgendeine Wohneinheit gebaut werden kann, ist ein weiterer langwieriger Planungsprozess erforderlich, einschließlich der endgültigen gesetzlichen Genehmigung des Masterplans und der Entwicklung und Genehmigung spezifischer Folgepläne. Mehrere unabhängige Experten haben deshalb Zweifel erhoben, ob diese vorläufige Bewilligung in demselben Tempo vorangehen wird, wie es bei vergleichbaren israelischen Siedlungen in Ostjerusalem der Fall ist.
44. Zerstörungen durch die Besatzungsmacht im besetzten Gebiet, ohne militärische Notwendigkeit, sind nach Internationalem Recht (Art. 53, GCIV) illegal. Die Anzahl der Zerstörungen in Ostjerusalem bis September 2014 war weniger als die zur gleichen Zeit im Jahr 2013, mit 48 berichteten Zerstörungen. Dennoch hat seit Oktober eine signifikante Zunahme der Zerstörungen in Ostjerusalem stattgefunden, mit 23 zerstörten Strukturen allein im Monat Oktober. Ende November waren insgesamt 78 Strukturen zerstört worden, verglichen mit 98 im gesamten Jahr 2013. Die betroffenen Gebiete schließen Beit Hanina, Sheikh Jarrah, Wadi el Joz und Ras al' Amud ein. Zerstörungen in Ostjerusalem werden von einer Reihe israelischer Behörden ausgeführt, darunter: die Jerusalem Stadtverwaltung, der Innenminister, die IDF und die Israelische Natur- und Parkbehörde. Infolge erhaltener Abrissorder der israelischen Behörden wurden 12 der Strukturen von ihren Eigentümern selbst abgerissen, um die Zahlung von hohen Gebühren zu vermeiden.
45. Der Abriss von Häusern und anderem Eigentum aufgrund fehlender israelischer Baugenehmigungen ist einer der primären Gründe für die Vertreibung der Palästinenser aus Ostjerusalem. Dies hat ergeben, dass 189 Palästinenser im Jahr 2014 vertrieben wurden, im Vergleich zu 298 in 2013, 88 in 2011 und 71 in 2012.
46. Dieses Jahr hat die Wiederaufnahme der israelischen Abrisspolitik als Bestrafung für gewaltsame Angriffe gesehen, darunter auch Jerusalem. Diese Politik wurde weitgehend aufgegeben im Jahr 2005, als Sicherheitsdienste beschlossen, dass diese als Abschreckung ungeeignet sei. Am 19. November zerstörten israelische Streitkräfte das Haus eines Palästinensers, der im Monat zuvor zwei Menschen getötet hatte, indem er mit dem Auto in eine Menschengruppe an einer Straßenbahnhaltestelle in Jerusalem gefahren ist. Die Familie der Attentäter des Angriffs auf die Har Nof-Synagoge am 18. November erhielt einen Abrissbefehl für ihre Häuser, so wie auch die Familie des Mannes, der den Tempelberg-Aktivisten, Yehuda Glick, erschossen hatte. Diese Zerstörungen werden ausgeführt, ohne Berücksichtigung der Eigentümerschaft und anderer Bewohner, die im selben Haus wohnen. Diese Zerstörungen sind eine ernste Sorgenquelle, weil kein Beweis vorgelegt wurde, dass diese aus Gründen militärischer Notwendigkeit ausgeführt wurden. Außerdem sind kollektive Bestrafungen nach Internationalem Recht verboten.
47. Soweit Zwangsräumungen betroffen sind, war ein einziges Haus der Häuser, die von Siedlern in Silwan am 30. September übernommen wurden, zur Zeit der Räumung unbewohnt, w Bewohner eines anderen Hauses die versuchte Beschlagnahme verhindern konnten.

6. Aufenthaltstatus

48. Palästinensische Bewohner von Ostjerusalem erhalten einen speziellen Ausweis (Israeli Identity Card (ID)), die ihnen einen anderen Status als den der anderen Palästinenser verleihen. Außer dem Recht, in Ostjerusalem zu wohnen und zu arbeiten, verleiht diese ID seinem Inhaber das Recht, außerhalb des Trennzaunes zu reisen, zu fahren und innerhalb Israels, ohne eine Genehmigung dafür erhalten zu müssen. Den Inhabern einer Ostjerusalem-ID-Karte ist es auch erlaubt, Israels internationalen Flughafen zu nutzen. Sie können an Kommunalwahlen teilnehmen - die meisten boykottieren diese jedoch, da sie der Ansicht sind, dass die Teilnahme an der Wahl einer Anerkennung Israels Annektierung Ostjerusalems gleichkäme.
49. Die Jerusalem ID könnte von den israelischen Behörden eingezogen werden, wenn ihr Inhaber nicht nachweisen kann, dass Jerusalem weiterhin sein/ihr „Lebenszentrum“ ist. Bewohner Ostjerusalems, die daraufhin diesen Status verlieren, werden dann eine Genehmigung benötigen, um die Stadt zu besuchen. Das hängt mit Israels demografischen Strategie zusammen (wie in offiziellen Planungsdokumenten, wie z. B. dem Masterplan Jerusalems 2000, der von der Jerusalemer Stadtverwaltung im Jahr 2007 ratifiziert wurde), die verhindern soll, dass die palästinensische Bevölkerung in Ostjerusalem 40 % der Gesamtbevölkerung der Kommune überschreitet. Der Widerruf des Aufenthaltsrechts von Palästinensern in Ostjerusalem ist ein Verstoß gegen das Internationale Recht.
50. Im Gegensatz zur israelischen Staatsangehörigkeit wird der Aufenthaltsstatus nicht automatisch Kindern verliehen, sogar, wenn beide Eltern Einwohner sind. Außerdem wird der Aufenthaltsstatus nicht automatisch durch Heirat übertragen. Das Procedere für Anträge auf Aufenthaltsgenehmigungen dauern lange und sind extrem komplex. Bis zu einem Beschluss dieses Prozesses leben Kinder und Ehepartner in einer unsicheren Situation, da ihnen jederzeit die Erlaubnis, mit ihren Familien in Ostjerusalem zu leben, entzogen werden kann.
51. Im Mai 2013 bewilligte die Knesset eine Reihe von Regularien, die sich auf die Registrierung der Bevölkerung beziehen. Diese Regularien betreffen die ID-Karten, die derzeit von Bürgern und Bewohnern benutzt werden und die zukünftigen biometrisch-elektronischen Karten. Eine der in den Regularien enthaltenen Bestimmungen schreibt vor, dass ID-Karten auslaufen werden und alle zehn Jahre erneuert werden müssen. Die Einführung einer Frist für Aufenthaltsgenehmigungskarten hat große Sorgen bei Jerusalems palästinensischen Bewohnern erzeugt, die bereits den israelischen Behörden auf einer regulären Basis nachweisen müssen, dass Jerusalem „ihr Lebenszentrum“ ist.
52. Als Versicherungsstrategie gegen die Unsicherheit des Aufenthaltsstatus hat eine wachsende Zahl der Bewohner Ostjerusalems die israelische Staatsangehörigkeit beantragt. Es gab einen deutlichen Anstieg bei der Zahl der Antragssteller im Jahr 2009, parallel zu einem Anstieg bei den Ungültigkeitserklärungen des Aufenthaltsrechts. Umfassende und präzise Zahlen sind nicht verfügbar, aber von insgesamt 4.500 Anträgen zwischen 2008 und 2010 wurde ca. ein Drittel akzeptiert, ein Drittel wurde zurückgestellt und 1/3 abgelehnt (angeblich aus Sicherheitsgründen). Anekdotische Evidenz behauptet, dass Anträge auf Aufenthaltsgenehmigungen weiterhin in signifikanten Zahlen übermittelt werden, geschätzt auf 1000 Stück pro Jahr ca..

53. Gemäß den Zahlen des israelischen Innenministeriums widerrief Israel zwischen 1967 und 2013 den Aufenthaltsstatus von 14.309 Palästinensern aus Ostjerusalem. In 2013 entzog Israel 106 Ostjerusalem-Palästinensern ihre Aufenthaltsgenehmigung. Infolge des Angriffs auf die Har Nof-Synagoge am 18. November 2014 (fünf wurden getötet) entzogen die israelischen Behörden der Witwe eines der Angreifer die Aufenthaltsgenehmigung. Entziehung der Staatsangehörigkeit und der Aufenthaltsrechte von Menschen, die „Brandbomben“ und Feuerwerkskörper werfen und von „allen Familien, die Unterstützung für den Terroristen oder seine Taten ausdrücken“ waren in einem 8-Punkte-Anti-Terrorplan, der der Knesset am 26. November präsentiert wurde, enthalten.

7. Zugang und Bewegung

54. In dem Gebiet von Jerusalem ist der Trennzaun 168 km lang, von denen lediglich **3%** entlang der Grünen Linie verlaufen. Der Hauptgrund hinter dieser Abweichung war die Integrierung von 12 israelischen Siedlungen (und Raum für ihre zukünftige Ausdehnung) und die zukünftige Integrierung der Siedlungen hinter der kommunalen Grenze, wie z. B. Ma' ale Adumin. Der Verlauf bestätigt dies und festigt die kommunalen Grenzen, die Israel einseitig dazu erklärt hat, indem es die großen Siedlungen zum Hauptstadtgebiet annektiert hat, entvölkerte Westbankgebiete annektiert hat und einige palästinensische Viertel aus der Stadt ausgeschlossen hat.

55. Dieses Jahr ist es zehn Jahre her, dass der Internationale Gerichtshof in einem Gutachten über die rechtlichen Konsequenzen des Baus einer Mauer in den besetzten Gebieten festgelegt hat, dass ein derartiger Bau gegen Israels Verpflichtungen unter Internationalem Recht verstößt. Das Gericht forderte von Israel, den Bau einzustellen, die bereits gebauten Teile abzubauen und alle legislativen und regulatorischen Maßnahmen, die sich darauf beziehen, zu widerrufen.

56. Heutzutage haben der Verlauf des Trennzaunes und das damit verbundene Genehmigungsregime weiterhin schwerwiegende negative soziale, humanitäre und wirtschaftliche Auswirkungen auf Ostjerusalem. Der Zaun koppelt Ostjerusalem vom Rest der Westbank ab und trennt die palästinensische Gemeinden innerhalb Ostjerusalems. 30 % der palästinensischen Bevölkerung von Ostjerusalem leben in den kommunalen Grenzen, aber hinter dem Trennzaun und sind deshalb von städtischen öffentlichen Dienstleistungen abgekoppelt.

57. Trotz laufender Rechtsverfahren wird der Bau des Trennzauns in Form von Abreißen und Tunnelbau im Gebiet von Al Walaja im Südwesten von Jerusalem fortgesetzt. Der aktuell geplante Verlauf des Zauns wird das Wohngebiet des Dorfes intakthalten, jedoch die Ländereien werden isoliert werden, was zu einer de facto-Konfiszierung des im palästinensischen Besitz befindlichen Landes führen wird. In 2014 stellte Jerusalems Stadtverwaltung zwei Arbeitsverbot-/Zerstörungsbefehle aus und führte zwei Zerstörungen in dem Teil von Al Walaja innerhalb der Stadtgrenzen aus.

58. In 2014 hat der Israelische Oberste Gerichtshof über zwei Fälle zu dem geplanten Verlauf der

Trennungszaunes in dem südlichen Umkreis von Jerusalem beraten, der sich negativ auf die Verbindung der lokalen palästinensischen Gemeinden zu der Stadt auswirken würde. In dem Dorf Battir, das im Jahr 2014 der UNESCO-Liste des gefährdeten Welterbes hinzugefügt wurde, würde der Trennzaun das tägliche Leben in dem Dorf schwer beeinträchtigen und den einzigartigen umweltlichen, archäologischen und historischen Charakter des Gebietes bedrohen. In dem Cremisan Valley (Tal), das ein salesianisches Kloster, Konvent und Schule, als auch eine hauptsächlich christlich-palästinensische landwirtschaftliche Gemeinde beherbergt, würde der Bau des Trennzauns die Einwohner von ihrem Land und das Kloster von dem Konvent abschneiden.

59. Der Verlauf des Trennzauns ändert die de facto-Grenzen von Jerusalem und geht mitten durch die dicht bevölkerten palästinensischen Vierteln. Als Folge davon findet sich eine Reihe palästinensischer Gemeinden in der von Israel definierten, aber international nicht anerkannten städtischen Grenze von Jerusalem auf der „Westbank-Seite“ des Zauns wieder. Diese Gemeinden müssen Kontrollstellen überqueren, um Zugang zu Gesundheits- Bildungs- und anderen Dienstleistungen zu haben, wozu sie als Bewohner von Jerusalem berechtigt sind (wofür sie Steuern zahlen). Diese Gemeinden zählen minimum 70.000 Menschen und leiden unter schwerer Armut, Gesetzlosigkeit und Überbevölkerung, zum Teil, weil sie die einzigen Plätze sind, wo Jerusalemiten mit ihren Ehepartnern, die Westbank-IDs besitzen, wohnen können.
60. Die Surkhi und Qunbar-Familien-Enklave durch As Sawahira, von dem Rest Ostjerusalems durch ein Eisentor getrennt, das den Zugang ihrer Fahrzeuge hinein und hinaus reguliert, haben gesehen, dass ihre Situation sich in diesem Jahr verbessert hat. Berichten zufolge wurde das Tor geöffnet, aber nicht entfernt. Dies hängt jedoch mit der Beseitigung der Kontrollstelle zusammen, die innerhalb des Cliff-Hotels in Abu Dis errichtet wurde, und der Umwandlung des Zauns in eine Mauer an diesem Ort. Zusätzliche Kontrollstellen wurden in Zeiten erhöhter Spannungen errichtet. Die Zufahrtsstraßen nach Issawiyeh wurden zum Beispiel mindestens drei Wochen lang blockiert, bevor die Blockade nach dem trilateralen Treffen in Amman zwischen dem Staatssekretär Kerry, König Abdallah und PM Netanyahu am 13. November entfernt wurde.
61. Der Zaun betrifft ca. 1.400 Inhaber von Westbank-IDs in einigen 17 Lokalitäten außerhalb Jerusalems Kommune, die aber nun auf der „Jerusalem“-Seite des Zauns liegen. Die Bewohner dieser Gemeinden unterliegen einem besonderen „Schweißnaht“-Genehmigungsregime und sehen sich einem eingeschränkten Zugang zu Basis-Dienstleistungen - sowie dem Risiko der Vertreibung - gegenüber.
62. Palästinenser, die keine israelische Staatsbürgerschaft oder keine Aufenthaltsgenehmigung für Jerusalem besitzen, benötigen eine Erlaubnis, um die Stadt zu betreten. Die Erlaubnis ist schwer zu bekommen und unterliegt einer Reihe von Bedingungen, das heißt: die Zeit ist limitiert, mit dem Auto zu fahren oder über Nacht zu bleiben, ist verboten. Für diejenigen Palästinenser, denen eine Erlaubnis gewährt wird, ist der Zugang auf vier von 16 Zaunkontrollstellen beschränkt: Gilo, Qalandiya, Shu'afat und Zaytoun. Während der Schließungen aus Sicherheitsgründen werden die Genehmigungen außer Kraft gesetzt und oft auch während der jüdischen Ferien. Jedoch während der religiösen Feiertage, wie zum Beispiel Ramadan, kann für bestimmte Kategorien der Palästinenser, die kein Sicherheitsrisiko darstellen, die Notwendigkeit einer Genehmigung, um Jerusalem zu betreten, entfallen.
63. In der Zeit von Januar bis September 2014 wurde über insgesamt 90 Zugangszwischenfällen, die 922 UN-

Mitarbeiter betrafen, berichtet, was eine bemerkenswerte Verbesserung des Zugangs nach Jerusalem für humanitäre Kräfte darstellt, im Vergleich zur gleichen Zeit im Vorjahr (233 Vorfälle, die 1.587 UN-Mitarbeiter betrafen). Der größte Teil der Zwischenfälle war das Ergebnis der Forderung, die UN-Fahrzeuge zu durchsuchen, was ein Verstoß gegen die Konvention über UN-Privilegien und Immunität ist, bei der Israel ein Unterzeichner ist. Das „Ausschließlich Judea und Samaria“-Visumregime für Drittländerbesucher und für ausländische Bewohner der Westbank fand das ganze Jahr 2014 hindurch Anwendung. Dieses Regime beschränkt in hohem Maße die Bewegungsfreiheit von EU-Bürgern und verhindert den freien Zugang nach Jerusalem und zu Konsulaten der EU-Mitgliederstaaten, die dort ansässig sind.

8. Bildung

64. Maßnahmen, palästinensischen Kindern in Ostjerusalem Bildung zu verschaffen, werden weiterhin mit vielen Herausforderungen konfrontiert. Im Einzelnen sind dies: Ein chronischer Mangel an geeigneten Räumlichkeiten, Restriktionen bei Planungen, die Bemühungen das zu ändern, durchkreuzen, Bedrohungen des Rechtsstatus einiger noch vorhandener Institutionen, Zugangs- und Bewegungsbeschränkungen, sowohl für Lehrer, als auch für Studenten, der Mangel an ausgebildeten Lehrern und das Fehlen von jeglicher Koordination zwischen den verschiedenen Bildungsträgern, die in Ostjerusalem operieren.
65. Die Statistiken für das Schuljahr 2013 – 2014 zeigte, dass es 103.391 Studierende gab, die Schulen besuchten. Weniger als 50 % der Bevölkerung studieren in Schulen, die von der Jerusalemer Stadtverwaltung betrieben werden. Die restlichen Studenten besuchen die drei anderen Schularten, die in Ostjerusalem operieren: die private, Awqaf und UNRWA. Es gibt kaum eine Koordination zwischen diesen Trägern und große Diskrepanzen in der Qualität der angebotenen Bildung, Berichten zufolge.
66. Eine Recherche behauptet, mindestens 8.100 Kinder seien bei keiner bekannten Bildungsinstitution überhaupt eingeschrieben. Bei denen, die eingeschrieben sind, zeigen Statistiken, dass die kumulative Aussteigerrate bei 36 % liegt. Das bedeutet, dass 36 % der Kinder die vollständigen 12 Schuljahre nicht erreichen können. Aussteiger sind besonders bei den Jungen üblich und im zweiten Zyklus (Grade 11 – 12). Ein chronischer und wachsender Mangel an Klassenräumen bleibt weiterhin und die große Anzahl unterprivilegierter, unpassender und/oder überfüllter Einrichtungen sind weiterhin im Gebrauch. Bei der Umsetzung des Beschlusses des Obersten Gerichtshofs vom Juli 2011, das festgesetzt hat, dass der Staat bis 2016 die physikalische Infrastruktur bereitstellt, um allen Ostjerusalemern Schülern die Option zu bieten, städtische Schulen zu besuchen, werden weiterhin nur langsam Fortschritte erzielt. Zu Beginn des Schuljahrs 2014 – 2015 wurden 57 neue Klassenräume und weitere 69 gemietete Klassenräume eröffnet, mit weiteren 321 neuen Klassenräumen in verschiedenen Phasen der Planung und des Baus. Letzte Recherchen ergeben, dass 2.725 zusätzliche Klassenräume in Ostjerusalem erforderlich sind, um den Bedürfnissen der im Schulalter befindlichen Bevölkerung, deren Wachstumsrate nun auf 6 % geschätzt wird, zu entsprechen. Es gibt Anzeichen, dass viele Familien keine Alternative finden, als ihre Kinder in gebührenpflichtige Privatschulen, mit substantiellen finanziellen Konsequenzen für das Familienbudget, einzuschreiben.
67. Aufgrund von Planungs- und Baubeschränkungen können Awqaf-Schulen zum größten Teil nicht expandieren

oder sich, wie erforderlich, bestehenden Schulen anpassen, noch neue Gebäude bauen/kaufen. Über fünf Awqaf-Schulen, oder über zumindest Teilen der Schulen schweben Abrissorder. Wie letztes Jahr berichtet wurde, führte diese Situation dazu, dass einige Geldgeber, darunter die Islamic Development Bank und Norwegen, Gebäude in Ostjerusalem kauften, um sie Awqaf für den Einsatz als Schulen zu übertragen.

68. Angesichts der wachsenden Isolierung Ostjerusalems vom Rest der Westbank können Studenten und Lehrer, die Westbank-ID-Karten besitzen (oder in der Tat diejenigen, die Jerusalem-ID-Karten besitzen, aber auf der Ostseite des Zauns leben, wie z. B. die in Kufr Aqab) mit einer Reihe von Schwierigkeiten konfrontiert sehen: Verzögerungen, Störmanövern sowie keine Erneuerung/ bzw. Widerruf der Genehmigungen. Recherchen behaupten, dass circa 2.000 Studenten und 250 Lehrer täglich auf ihrem Weg zur - oder von der Schule Kontrollstellen überqueren müssen. Hinsichtlich der Awqaf-Schulen gibt es fünf Fälle von Lehrern, deren Genehmigungen nicht erneuert wurden. Sowohl Ausstellungen von Genehmigung, als auch Akkreditierungen (verbunden mit der Al Quds-Universität, unten), tragen zu einem Mangel an Mathematik- und Naturwissenschaftslehrern insbesondere. Bei Awqaf-Schulen ist es für Lehrer üblich, Fächer zu unterrichten, die außerhalb ihres Qualifikationsbereichs liegen.
69. Seit März 2011 sind städtische Schulen in Ostjerusalem verpflichtet, die israelisch-herausgegebene Version des PA-Curriculum einzusetzen, ansonsten riskieren sie , ihre Gelder zu verlieren. Seit Privatschulen dazu tendieren, Gelder von den israelischen Behörden zu erhalten, müssen sie nun die israelisch-herausgegebene Version des PA Curriculum auch einzusetzen. Die Stadtverwaltung bietet auch Anreize für Schulen, die das israelische Curriculum in Arabisch einzuführen. Fünf städtische Schulen bieten jetzt dieses Curriculum als optionale Alternative an.
70. „Hand in Hand“ in Beit Safafa, die einzige bilinguale, arabisch-hebräische Schule in Jerusalem, die Kinder beider Gemeinschaften besuchen, wurde das Ziel eines Brandanschlags am 29. November. Die Täter sprühten anti-arabische Botschaften an die Wände der Schule.
71. Nach Israels Recht der Freien Erziehung sollten Kinder unter drei Jahren in Ostjerusalem berechtigt sein, den Kindergarten zu besuchen, dennoch besteht ein erheblicher Mangel an verfügbaren Einrichtungen. Es wird geschätzt, dass 330 Kindergarten-Räume erforderlich sind, um den Bedürfnissen der wachsenden Bevölkerung zu genügen.
72. Trotz ihrer Bemühungen seit vielen Jahren gelang es der Al Quds Universität (AQU), der bedeutendsten Dritt-Level-Institution (?) für Palästinenser in Jerusalem, nicht, das Problem mit dem Status der Universität zu lösen. Solange das Problem ungelöst bleibt, werden die Grade, die die AQU vergibt, in Israel nicht anerkannt und können ihre Studenten, die Arbeit auf dem israelischen Markt suchen, nicht dienen. Absolventen der Fakultäten für Medizin und Bildung sind die Hauptopfer dieser Situation. Dieses Problem steht in direkter Verbindung zu dem Mangel an Ärzten und Lehrern in Ostjerusalem in medizinischen und bildungstechnischen Institutionen. Eine Rechtsverfahren des israelischen Gerichts im April 2014 entschied zugunsten der 55 medizinischen Absolventen der AQU, die bei Gericht eine Petition eingereicht hatten. Es berechnete sie, die Zertifizierungsexamen zu machen, um in Israel praktizieren zu können. Wie bei einem ähnlichen Bescheid in 2011, ist dies jedoch nur eine Zwischenlösung bis zum Ausgang des breiteren Themas des Universitätsstatus. Deshalb wird es (das Gericht) keinen Präzedenzfall konstruieren. Somit werden die Absolventen jedes Jahr

mit derselben Situation konfrontiert werden. Bildungsabsolventen kämpfen weiterhin, um eine Anstellung zu bekommen, oder ihrer Arbeit entsprechend bezahlt zu werden, da ihr akademischen Grad nicht anerkannt wird.

73. Aufgrund seiner Nähe zum Trennzaun ist das Abu Dis-Campusgelände der Al-Quds Universität der Ort häufiger Zusammenstöße mit der IDF. In den letzten Jahren nahmen diese Zusammenstöße noch zu. Sie erreichten ihren Höhepunkt in 2013. Wie in dem früheren Bericht erwähnt, gab es am 22. Januar 2014 einen Zusammenstoß auf dem Campus, der von unverhältnismäßigem Ausmaß war und mit der Einlieferung von 20 Studenten und Angestellten in Krankenhäuser und beträchtlichem Materialschaden endete. Die Universität argumentiert, dass es eine ständige gezielte Provokation der Studenten durch in dem Gebiet patrouillierende Soldaten gibt.

9. Gesundheit

74. Alle Inhaber von Jerusalem-ID-Karten haben Zugang zur Krankenversicherung und bezahlen sie. Trotzdem haben diejenigen, die auf der „Westbank-Seite“ des Zauns wohnen, regelmäßig Schwierigkeiten, Ostjerusalem oder die von Israel betriebenen Gesundheitseinrichtungen zu erreichen, was die Realisierung ihrer Berechtigung verhindert. Dies ist besonders problematisch, da bestimmte Zweit- oder Drittversorgung in der Westbank und Gaza nicht verfügbar sind. Selbst wenn Zweit- und Drittleistungen in der Westbank entwickelt werden, wird die Rundum-Qualität und -Sicherheit der Dienstleistungen für Patienten in den Ostjerusalemern Krankenhäusern besser bedient, vor allem aufgrund der strengen Qualität, der langjährigen Erfahrung und der internationalen Akkreditierungsprogramme, die in der Westbank nicht verfügbar sind. Patienten, die Westbank-ID-Karten besitzen, die über mehr als die Hälfte aller Zulassungen zu Ostjerusalemern Krankenhäusern ausmachen, benötigen Genehmigungen der israelischen Behörden, um Zugang zur Gesundheitsversorgung in Ostjerusalem zu erhalten. Sie müssen vorgeschriebene Zaunkontrollstellen entweder zu Fuß, oder, bei einer begrenzter Zahl von Fällen mit besonderen Shuttles der Krankenhäuser überqueren. Genehmigungsanträge können aus Sicherheitsgründen abgelehnt werden, oder könnten nicht rechtzeitig erhalten werden, um die angesetzte Behandlung zu bekommen. Der Ablehnungsprozentsatz variiert, er geht bis zu 20 % (St. John Eye Hospital). Für bestimmte Kategorien chronischer Patienten stellt Israel langfristige Genehmigungen aus, die bis zu sechs Monaten gelten können, mit der Möglichkeit der Erneuerung, aufgrund eines Antrags des entsprechenden Krankenhauses.

75. Patienten, die eine dringende Behandlung benötigen, die nur in Ostjerusalem verfügbar ist, sind von den israelischen Zugangsbeschränkungen betroffen. Die Zufahrt von Palästinensern betriebenen Krankenwagen von der Westbank nach Ostjerusalem ist im Allgemeinen nicht erlaubt. Zur gleichen Zeit fahren israelische Ambulanz-Mitarbeiter in palästinensische Viertel von Ostjerusalem, mit Ausnahme von wenigen Hauptstraßen nur in Begleitung von der Polizei. Das verzögert die Lieferung der Notversorgung, selbst wenn Bewohner in einer kritischen Verfassung sind.

76. Das Funktionieren der Ostjerusalemern Krankenhäuser hängt von ihrer Fähigkeit ab, Personal aus der restlichen Westbank anzustellen. Abhängig vom Krankenhaus benötigt 60 – 85 % des Personals aus

Ostjerusalem Genehmigungen für das Betreten von Jerusalem. Sie gelten nicht länger als sechs Monate jeweils. Solange es weiterhin keine klare Genehmigungsquote für die Anzahl der Mitarbeiter mit Westbank-ID-Karten, die sie einstellen dürfen, gibt, erhalten die Krankenhäuser nur verbale Bekanntgaben, das sie ihre Quote erreichen. Als diese Bekanntgaben herausgefordert wurden, wurden mehr Genehmigungen erhalten. Das medizinische Personal hat zwei Arten von Genehmigungen: „Arzt im Einsatz“ und „medizinisches Personal“. Diese Genehmigungen sollten die gleichen Privilegien haben. Aber die Mitarbeiter, die Inhaber der letzteren Genehmigungen sind, dürfen prinzipiell nicht alle Kontrollstellen überqueren und die, die sie überqueren dürfen, nur zu Fuß überqueren.

77. Alle sechs Krankenhäuser sind auch weiterhin von der finanziellen Unfähigkeit der PA betroffen, die Kosten für die Behandlung von Patienten zu tragen, die aus der Westbank und Gaza stammen. Laut den letzten verfügbaren Zahlen des Gesundheitsministeriums beliefen sich die Rückstände der PA an die Ostjerusalem Krankenhäuser im Dezember 2014 auf ca. 80 Mio US Dollar (16,5 Mio EUR), was ein Fünftel der gesamten Rückstände der PA auf dem Gesundheitssektor ausmacht.

20. Wirtschaft

78. Die Wirtschaft in Ostjerusalem leidet an großer Arbeitslosigkeit, besonders bei den jungen Leuten; niedrige Erwerbsquoten, besonders bei Frauen; niedrige Bildungsergebnisse; weit verbreitete Armut; ein unterentwickelter Immobilienmarkt; unzureichende städtische Dienste; und begrenzte öffentliche und private Investments.

79. Die Palästinenser machen annähernd 38% der Bevölkerung Jerusalems aus, aber obwohl die Steuern gleich sind, gibt der Stadthaushalt für palästinensische Stadtteile unverhältnismäßig weniger aus, es überschreitet keine 12% . Die öffentlichen Dienste, die sich mit der Armut, der Arbeitslosigkeit als auch mit dem Gesundheitsdienst in Ostjerusalem befassen, von der Regierung und der Jerusalemer Stadtverwaltung bereit gestellt, sind ungenügend und ihr Bereich wird auf Grund des Bevölkerungswachstums immer weniger. Während die Palästinenser über ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen, gibt es nur drei Sozialhilfestationen, die in Ost-Jerusalem wirken – im Gegensatz zu 18 im westlichen Teil Jerusalems, die den Israelis dienen. Die palästinensischen Gebiete werden durch schlechte Straßen charakterisiert, durch wenige oder gar keine Straßenreinigung, begrenzte Abwassersysteme (Kürzung auf mindestens 50 km Pipelines), was Gesundheits-Risiken verursacht und ein Nicht-Vorhandensein von gut erhaltenem öffentlichen Raum – in starkem Gegensatz zu Gebieten, in denen Israelis in Westjerusalem der in Ostjerusalem Siedlungen leben; der Zugang zu israelischen Banken und zu Post-Diensten ist äußerst begrenzt.

80. Die Wirtschaft von Ost-Jerusalem gründet sich auf kleine und Mikro-Unternehmen und diese Situation hat sich in den letzten Jahren weiter verschlechtert. Der kombinierte Effekt der strengen israelischen Verwaltungsansprüche, ein verlorener Markt wegen der Trennungsmauer, sehr hohen Waren- und

Lebensmittelpreisen (letztere sind um 25% höher als in der EU) und die Trennung von billigeren palästinensischen Lieferungen hat die Konkurrenzfähigkeit der palästinensischen Unternehmer in Ost-Jerusalem untergraben. Die Folge davon ist, dass Palästinenser fortfahren, ihre Geschäfte in die verbliebene Westbank zu verlegen oder sie zu beenden. Im Allgemeinen ist der Beitrag Ost-Jerusalems zum gesamten palästinensischen BIP (Bruttoinlandprodukt) von 15% vor dem Oslo-Abkommen heute auf 7-8% gesunken. Außerdem begrenzt der Mangel an wirklicher Vertretung der palästinensischen Führung in der Stadt die Koordination der Bemühungen auf privatem Sektor, von Spendern und anderen Interessengruppen, um das Wirtschaftsklima zu verbessern.

81. Der Hauptgrund für den wirtschaftlichen Rückgang in Ost-Jerusalem sind die Bewegungs- und Zugangseinschränkungen. Die Stadt hat weithin aufgehört, ein traditionelles palästinensisches städtisches Wirtschafts- und Handelszentrum zu sein. In der Vergangenheit waren die Altstadt und die Saladin-Straße eines der Haupthandelszentren der Westbank. Wegen der Errichtung der Trennungsmauer ist dies nicht länger der Fall. Die Mauer hat eigentlich Ost-Jerusalem vom Rest der Westbank isoliert, die palästinensischen Gemeinden voneinander und von ihrem landwirtschaftlich genutzten Land, die Bewegungsfreiheit und die wirtschaftliche Aktivität. Im Lauf des letzten Jahres bleibt die Politik der erforderlichen Zutritts- und Handlungsgenehmigungen nach Ost-Jerusalem weiterhin bestehen. Israels Handelsvorschriften behindern weiter den Import von Waren und Diensten vom Rest des palästinensischen Gebietes, während pharmazeutische Produkte völlig vom Zugang zur Stadt verbannt sind. Es ist geschätzt worden, dass die israelische Mauer über 1 Billion Dollar direkten Verlustes der Wirtschaft Ost-Jerusalems seit Beginn der Mauer 2003 aufgebürdet hat. Ihr nachteiliger Einfluss im Sinne von verlorenen Handels- und Beschäftigungsmöglichkeiten dauern an und wird auf rund \$200 Mill. pro Jahr geschätzt.
82. Der Verlust von Geschäfts- und abnehmenden Handelsbeziehungen hat zu einer Schrumpfung der relativen Größe von Ost-Jerusalems Wirtschaft und zu struktureller Veränderung der Unternehmerschaft beigesteuert. Als Folge davon ist der Jerusalemer Arbeitsmarkt zunehmend entweder auf den Arbeitsmarkt im Rest der Westbank oder den in Israel konzentriert, wo palästinensische Beschäftigte unter schwierigen Bedingungen arbeiten. Die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch, besonders unter der Jugend (35%) und Frauen und der Ungebildeten. Die Erwerbsquote ist unter der weiblichen Bevölkerung wirklich niedrig. Obgleich das pro Kopf –BIP (Bruttoinlandprodukt) in Ostjerusalem höher ist als im Rest der Westbank, müssen Ost-Jerusalemer Palästinenser mit höheren Preisen und höheren Steuern zurechtkommen. Die Zahl der Palästinenser in Ost-Jerusalem, die unter der Armutrate (wie sie in Israel definiert wird) leben, hat 2014 zugenommen; sie hat 75% der ganzen palästinensischen Ost-Jerusalemer Bevölkerung erreicht und 75% unter Kindern. Wegen der schlechter werdenden wirtschaftlichen Umwelt- und Lebensbedingungen hat die Kaufkraft der palästinensischen Bewohner Ost-Jerusalems allmählich abgenommen. Die lokale Bevölkerung muss ihren Konsum einschränken, was das Wirtschaftswachstumspotential dämpft. Diese Abwärtsspirale führt zu einer unvermeidbaren Verarmung.
83. Der Tourismus hat in der Ost-Jerusalemer Wirtschaft eine Schlüsselrolle gespielt. Religiöse Pilger und andere Touristen kommen, um die einzigartigen historischen Stätten zu besuchen. Sie benützen die Stadt als Basis, um das Heilige Land zu erforschen. Nach einigen Studien über Tourismus und damit zusammenhängende Aktivitäten werden die 40% des wirtschaftlichen Ertrags erklärt. Doch ein großer Teil der Ost-Jerusalemer Touristeninfrastruktur ist schwer unterentwickelt, vor allem wegen einer Reihe von Hindernissen, die von der

Besatzung erstellt werden. Seit Juni 2014 haben erhöhte Spannungen und Gewalt einen negativen Effekt auf die Zahl der Touristen, die Jerusalem besuchten, gehabt. Dieser Prozess hat zu abnehmenden Einkünften vom Tourismus geführt mit einem negativen Einfluss auf den palästinensischen Lebensunterhalt.

84. Die arbeitsintensive Bauindustrie könnte die Hauptrolle der Ost-Jerusalemers Wirtschaft spielen, was das Schaffen von Arbeitsplätzen betrifft und zum Wachstum beiträgt. Der beschleunigte Ausbau in Ostjerusalem würde klar das Arbeitsmarktergebnis und die Lebensqualität für seine Bewohner verbessern. Der Wohnungsmarkt ist durch einen Mangel an Land behindert worden (nur 13% von Ost-Jerusalemers Land ist für palästinensisches Wohnen eingeteilt), behördliche Behinderungen (Die Bebauungsdichte, die in Ost-Jerusalem erlaubt ist, ist niedriger als in West-Jerusalem), fehlender Zugang zu Finanzmitteln und ein aufwendiger, komplexer und zeitraubender Genehmigungsprozess. Wegen einer Kombination von wirtschaftlichen und politischen Risiken sind palästinensische Banken für palästinensische Bewohner von Ost-Jerusalem nicht mit Wohnbau-Darlehen versehen. Etwa neun Banken liefern Pfandbriefe für die Westbank, aber nicht für Ost-Jerusalem. Die resultierende Diskrepanz zwischen dem Angebot und der Nachfrage hat zu einem Fehlbestand von 25 000 bis 35000 Wohnungseinheiten in Ost-Jerusalem geführt.

11. Transport und Infrastruktur

85. Mehrere Infrastruktur-/Transport-Projekte dienen dazu, die israelische Kontrolle über Ost-Jerusalem zu stärken. Die Straßenbahn, die israelische Siedlungen in Ost-Jerusalem mit dem Zentrum in Westjerusalem verbindet, einschließlich ein paar Haltestellen in palästinensischen Stadtteilen von Shufat und Beit Hanina, begann den Fahrgastdienst 2011. 2012 genehmigte das lokale Planungskomitee von Jerusalem eine Erweiterung der bestehenden Linie nach Jerusalems südlichen Vororten (Ein Kerem). Während der Stadtkampagne, die zu seiner Wiederwahl führte, drückte Bürgermeister Nir Barkat seine Bereitschaft aus, das bestehende Straßennetz zu erweitern (eine neue Linie würde die Siedlung von Gilo mit dem Ölberg verbinden, während die Erweiterung der Linie 1 nach Norden die Siedlung von Neve Yaakov erreicht). Seine Infrastrukturprojekte schließen auch die Entwicklung eines 1,5 km langen Seilbahnsystems ein, das die Besucher von der Deutschen Kolonie/Abu Tor in den Süden zum Ölberg via Westmauer bringt. (Die Endhaltestelle würde außerhalb der Mauern der Altstadt, in der Nähe der Al-Aqsa-Moschee liegen), ein Projekt, das mit der Jerusalemer Entwicklungsbehörde vorbereitet wird, die 2014 mit der Ernennung einer Gesellschaft eine Maßnahme ergriff, die mit einer Ausführbarkeitsstudie und einem konstruktivem Entwurf beauftragt wurde . Falls dieser realisiert würde, würden diese Projekte, deren politische Sensibilität während der Welle der Gewalt wieder an die Oberfläche kam, den Beitrag des städtischen Transportsystems zur „Vereinigung“ Jerusalems signifikant erhöhen.

86. 2012 verkündeten die Jerusalemer Stadtbehörde und die Regierung einen 500Millionen US-Dollar-Plan, der innerhalb von fünf Jahren die Infrastruktur des Transports in Ost-Jerusalem „modernisieren“ soll und „Jahrzente der Kluft“ zwischen Ost-Jerusalem und dem Rest der Stadt beenden soll. Während dieser Plan noch keine wesentlichen Fortschritte gemacht hat, wurden in den letzten Jahren für Palästinenser getrennte und schlechtere Bypass-Straßen rund um Jerusalem hergerichtet, um palästinensische Stadtteile außerhalb der Mauer nördlich und südlich mit einander zu verbinden. Der erklärte Zweck der israelischen Behörden für

diese Straßen ist eine sog. Transport-Kontiguität für die Palästinenser , die in der nördlichen und südlichen Westbank leben und denen es nicht erlaubt ist, von Ramallah nach Bethlehem durch Ost-Jerusalem zu fahren. 2014 hat die Jerusalemer Stadtverwaltung in Koordination mit lokalen palästinensischen Führern (Mughtars) damit fortgefahren, Straßen in Ost-Jerusalem zu benennen.

87. Durch parallele, verschiedene Projekte veranschaulichen die israelischen Behörden die Absicht, die Verbindung zwischen größeren Siedlungen und Jerusalem zu konsolidieren. Die erste ist die Straße 20, eine eine Meile lange Umgehungsstraße, die den Verkehrsstau verhindern soll und die nordöstlichen Vororte wie Pisgat Zeew und Neve Yaakov mit der nord-südlichen Begin-Schnellstraße verbinden (Jerusalem-Hauptstraßenader). Trotz der Opposition der Bewohner des palästinensischen Vorortes von Beit Hanina gegen diese Straße (die den Ort teilt) ging die neue Straße im Mai 2013 in Verkehr. Die zweite ist die Straße 21, eine Nord-Süd-Straße, die die Ramat-Shlomo-Siedlung mit dem Zentrum Jerusalems im Rahmen eines neuen Bauplanes in den nördlichen Siedlungen verbindet. Diese Straße ist seit Anfang 2013 im Bau und nähert sich der Fertigstellung.
88. Während 2013 von einer Rechtsschlacht über die Ausführung einer 6bahnigen Schnellstraße durch den Ost-Jerusalem Stadtteil von Beit Safafa gekennzeichnet war, fiel die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von Israel (Januar 2014): er autorisierte die Vollendung dieses Projektes, das die Begin-Schnellstraße mit dem Gush-Etzion-Siedlungsblock verbindet, was auch zum Beginn des Baues führte. Die Enttäuschung der Bevölkerung der palästinensischen Stadtteile, die betonen, dass dieses Projekt in ihrer Gemeinde Schaden verursachen und sowohl politische Implikationen nach sich ziehen würde (Abtrennung dieses palästinensischen Stadtteils von einer zukünftigen palästinensischen Hauptstadt) als auch zunehmende radikalisierte Opposition gegenüber diesem Projekt.
89. .Unter den neuen Trends von 2014 erscheint die zunehmende Anzahl von Angriffen, die auf die öffentliche Infrastruktur und das Transportsystem zielt, als eine erhebliche Entwicklung (s. Kapitel „Polarisierung und Gewalt“) zusätzlich zu den verschiedenen Terrorangriffen, die es auf das Straßenbahnsystem abgesehen haben (anfänglich als ein Beispiel von Koexistenz beschrieben, aber jetzt als reduzierte Aktivität, teilweise verbunden mit einem stillen Boykott durch palästinensische Bewohner). Die erhebliche Zunahme von Vorfällen des Steinewerfens gegen die Straßenbahn, Busse oder Straßen, die zu Siedlungen führen (z.B. Straße20) illustrieren ein neues Denkmuster, das von palästinensischen Bewohnern immer öfter als „Instrumente der Besatzung“ beschrieben wird. Es ist diese Infrastruktur, die der Siedlungspolitik und dem Vereinigungsplan zugeschrieben wird; diese wird nun als legitimes Ziel betrachtet, deren symbolischer Wert ein Äquivalent für die Siedlungen selbst ist.

12. Palästinensische Institutionen

90. Das institutionelle und Führungsvakuum in Ostjerusalem, das von der Sperrung palästinensischer Institute herrührt, besonders von der Handelskammer und dem Orienthaus * (seit 2001 geschlossen, auf Grund von temporären Ordnern, die alle 6 Monate erneuert werden) bleibt eine Hauptsorge. Während der Gewalt, die

während der zweiten Hälfte von 2014 in Jerusalem ausgeübt wurde, ist dieses Führungsvakuum besonders bedeutsam und hat weiterhin ernst zu nehmende Auswirkungen auf alle Gebiete der Palästinenser in Ost-Jerusalem (politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell) Es fördert eine zunehmende Fragmentierung der Gesellschaft auf allen Ebenen, die Isolierung der Gemeinden und einen geschwächten Gemeinschaftssinn der Gesellschaft. Dieses Vakuum bedeutet auch, dass eine Führung fehlt, die während der unruhigsten Monate des Jahres auf Zurückhaltung drängt. Wie auch einige der letzten palästinensischen Institutionen in Ost-Jerusalem, die sechs Ost-Jerusalemern Krankenhäuser, eine Bedeutung über ihren Wert als lebenswichtige Anbieter medizinischen Diensten hinaus für die Palästinenser haben

13 Religion

91. Jerusalem ist eine überaus wichtige Stadt für alle drei monotheistischen Religionen und der Ort für viele ihrer heiligsten Stätten. Die Beziehungen zwischen verschiedenen religiösen Gruppen werden immer schwieriger, angefacht durch historische Missstände, als auch durch kulturelle, religiöse und politische Unterschiede. Gewalttätige Angriffe auf muslimische, christliche und jüdische heilige Stätten und religiöse Vertreter von Gemeinschaften nehmen weiter in der ganzen Stadt zu. Christliche und muslimische Führer behaupten, dass die Regierung die Ausführung der Politik dahin führt, dass der Charakter und der Status von Jerusalem sich ändert und der jüdische Charakter und die jüdische Geschichte der Stadt betont wird - auf Kosten des christlichen und muslimischen Narrativs. Im Gegensatz dazu, weisen israelische Führer auf das Fehlen der palästinensischen Anerkennung der jüdischen historischen Verbindungen zu Jerusalem und besonders des Tempelberges.
92. Im Gebiet von Jerusalem lebt eine Bevölkerung von etwa einer Million. Die Juden machen 66% aus, die Muslime 30% und die Christen 1,5%(von denen die Mehrheit arabische Christen sind, ca. 9000 Menschen) Die jüdischen und die christlichen Gemeinden in der heiligen Stadt sind mannigfaltig, während die Mehrheit der Muslime Sunniten sind
93. Trotz des Schutzes der religiösen Bräuche und der Heiligen Stätten, die nach israelischem Gesetz abgesichert sind, geschahen während 2014 immer häufiger gewalttätige Episoden mit religiösem Hintergrund. Seit Beginn von 2014 bis Oktober (bis vor dem Angriff auf die Har Nof-Synagoge) hat der Rat für religiöse Institutionen im Heiligen Land 10 Attacken auf heilige Stätten in Jerusalem (einschließlich der sog. „Price tag“-Angriffe), vier davon gegen christliche Stätten, vier gegen jüdische und zwei gegen muslimische Stätten festgestellt. Diese Angriffe, die auch Graffiti, Brandanschläge und Entheiligung einschließen, stellen etwa ein Viertel solcher Vorfälle im Heiligen Land dar. Eine Reihe solcher Vorfälle geschahen im Mai 2014, wenige Wochen vor dem Besuch von Papst Franziskus und bestand aus einschüchternden Graffiti, die am Notre Dame-Institut erschienen und an einer Orthodoxen Kirche. Während des päpstlichen Besuchs fand ein Brandanschlag auf die Dormition-Abtei auf dem Zionsberg statt, gerade außerhalb der Altstadtmauern. In derselben Periode bat die israelische Polizei die katholischen Behörden ein Banner von Papst Franziskus aus Sicherheitsgründen zu entfernen.

94. Papst Franziskus und der Ökumenische Patriarch Bartholomäus besuchten im Mai 1914 Jerusalem, um der historischen Begegnung zwischen Papst Paul VI und dem Patriarch Athinagoras von Konstantinopel zu gedenken. Das Treffen der Oberhäupter des Katholizismus und der Orthodoxie (erst die zweite seit dem 11. Jahrhundert) in der Grabeskirche als Gäste von Patriarch Theophilus und der folgenden allgemeinen Erklärung, stellt einen bedeutenden Moment für den Dialog zwischen Christen dar. Die Besuche markierten auch eine historische Gelegenheit für den interreligiösen Dialog unter den drei monotheistischen Glaubensrichtungen und sie waren randvoll von politischem Symbolismus. Papst Franziskus traf sich mit den beiden Oberrabbinern von Israel in der großen Synagoge und mit dem Großmufti von Jerusalem auf dem Haram al-Sharif/Tempelberg. Etwa 600 Christen aus dem Gazastreifen war es erlaubt, während des Papstbesuchs Bethlehem zu erreichen. Bei der Gelegenheit dieses Besuches lud der Papst die Präsidenten Peres und Abbas mit Bartholomäus und Theophilus zu einem Friedensgebet für den Nahen Osten in den Vatikan ein. Der ökumenische Patriarch traf sich mit der politischen palästinensischen und israelischen Führung und den jüdisch religiösen Führern. Die Christen beklagten sich, dass während des Besuches die Straßen gesperrt waren und die Menschen daran gehindert wurden, den Papst entlang der Straße willkommen zu heißen. Den Geschäften war auch befohlen worden, zu schließen, was für die Besitzer einen finanziellen Verlust darstellte.
95. Das Recht auf Zugang, die Freiheit des Gottesdienstes und freier Zugang zur Heiligen Stadt bleiben für Muslime und Christen ein Anliegen großer Besorgnis. Abgesehen vom Teilen der Kongregationen behindert die Mauer ernsthaft die Arbeit religiöser Organisationen, die mit Bildung, Wohlfahrt und anderer humanitärer Hilfe und sozialen Diensten für Palästinenser in und um Ost-Jerusalem beschäftigt sind. Großer Mangel an Bewegungs- und Gottesdienstfreiheit beeinträchtigt die palästinensischen Muslime und Christen von der Westbank, da sie Jerusalem nicht ohne israelische Genehmigung erreichen können. Diese Genehmigungen sind zeitbegrenzt und werden nur selektiv gewährt (also nicht alle Mitglieder einer Familie erhalten die Genehmigung).
96. Soweit Christen betroffen sind, wurden an Ostern 2014 (für christlich Orthodoxe und Katholiken, das dieses Jahr auch mit dem jüdischen Pessachfest zusammenfiel) 17 000 Genehmigungen für Christen der Westbank und 600 aus dem Gazastreifen ausgestellt (begrenzt auf jene die jünger als 15 und älter als 35 sind). Verweigert wurde der Zugang zur Grabeskirche zum Fest des „Heiligen Feuers“ (ein großes Ereignis beim orthodoxen Osterfest), was vom UNSC (UN-Sicherheitsrat), Serry, kritisiert wurde, der an diesem Ereignis mit Vertretern des Diplomatischen Corps teilnahm. Bei derselben Gelegenheit sahen sich die christlichen Gottesdienstbesucher, wie auch Vertreter diplomatischer Missionen einer Reihe von Checkpoints auf ihrem Weg zur Grabeskirche gegenüber und wurden dort einer unbarmherzigen Kontrolle unterworfen, während eine erhebliche Anzahl bewaffneter israelischer Soldaten in der Nähe der Kirche stand.
97. Die Auswanderung palästinensischer Christen geht weiter und spielt eine bedeutsame Rolle bei der ständigen Erosion der historischen Präsenz von Christen im Heiligen Land, einschließlich Jerusalem. Dieser Trend ist ein Prozess, der bis auf die Zeit des britischen Mandats zurückgeht. Damals waren es noch 8% Christen der palästinensischen Bevölkerung; 1948 waren es nur noch 4% und heute sind es knapp 2%. Gründe für die vermehrte Auswanderung sind die schlechter werdende wirtschaftliche Lage, die begrenzte Fähigkeit christlicher Gemeinden, sich in Jerusalem auszubreiten, auch wegen Konfiszierung von kirchlichem Besitz und Baubeschränkungen, Steuerproblemen und Schwierigkeiten, Wohngenehmigungen für christliche

Geistliche zu erhalten, und von Israel auferlegten Beschränkungen bei der Familienzusammenführung von Jerusalemer Bewohnern, (die einen verhältnismäßig höheren Einfluss auf die sowie so schon kleine christliche Gemeinde haben). Dazu kommt noch die niedrigere Geburtenrate unter palästinensischen Christen. Die progressive Erosion der christlichen Präsenz hat die Schwächung ihres christlichen Charakters zur Folge.

*Übersetzt aus dem Englischen ins Deutsche von Inga Gelsdorf
und Ellen Rohlf, S. 22 – S. 28.*